

Besprechungen

Ferdinand Friedensburg: Politik und Wirtschaft. Aufsätze und Vorträge. Berlin 1961. Duncker & Humblot, XXVII, 485 S.

Aus Anlaß des Tages, an dem Friedensburg sein 75. Lebensjahr vollendete, haben Freunde und Mitarbeiter des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung, dessen Präsident Friedensburg ist, sich unter Führung von Rolf Krenzel zusammengetan, um diese gesammelten Vorträge und Aufsätze dem Geburtstagskind zu überreichen. Ihr Inhalt ist, auch wenn sie bereits vor 20 oder mehr Jahren geschrieben worden sind, auch heute noch durchaus lesenswert und aktuell. Vorträge und Aufsätze zeigen eine erstaunliche Breite der Themen und Gedanken und verbinden damit eine in die Tiefe gehende Sachkenntnis und Erfahrung als Frucht eines erlebnisreichen Lebens. Vor allem die Aufsätze über Politik und Geschichte sollten für die aufwachsende Generation unserer Tage Gegenstand nachdenklicher Lektüre sein.

W. M. Frhr. v. Bissing, Berlin

Wolfgang Hock: Deutscher Antikapitalismus. Der ideologische Kampf gegen die freie Wirtschaft im Zeichen der großen Krise. Frankfurt/Main 1960. Fritz Knapp Verlag. 92 S.

Dieser Band IX der „Veröffentlichungen des Instituts für Bankwirtschaft und Bankrecht an der Universität Köln“ behandelt ein sehr interessantes und aktuelles Thema. Im Mittelpunkt der Darstellung steht das deutsche Wirtschaftsdenken um 1930. Der Verfasser bezeichnet die antilibérale Geistesströmung der Weimarer Zeit als Antikapitalismus. „Bei genauerem Studium enthüllt sich dieser Antikapitalismus als die ökonomische Seite einer generell gegen den demokratischen Liberalismus gerichteten, umfassend ausgebildeten Ideologie, die in der inneren Entwicklung der Weimarer Republik eine noch kaum genügend gewürdigte Rolle gespielt hat und in ihren Ursprüngen weit in die deutsche Geschichte zurückgreift“ (S. 12). Im 1. Teil untersucht der Verfasser den „ideologischen Charakter des deutschen Antikapitalismus“, die Leitgedanken der „konservativen Revolution“ und anderer sich damit berührender „antikapitalistischer“ Ideenrichtungen. Im 2. Teil untersucht der Autor den „wirtschaftlichen Kern des deutschen Antikapitalismus“, d. h. die Einstellung weiter Kreise der Bevölkerung und auch der Sozialwissenschaft zur liberalen Wirtschaftsordnung und zur „Spätphase“ des Kapitalismus. Wenn die Wirtschaftskrise Anfang der 30er Jahre in eine totale Entwicklung auf politischem Gebiet auslief, war dies wesent-

lich den antikapitalistischen, romantisch-konservativen, sozialen und nationalen Ideen und Forderungen zuzuschreiben. Der Wert der vorliegenden Schrift liegt in der Enthüllung und Darstellung dieser geistigen, ökonomischen und politischen Zusammenhänge.

Der Titel der Schrift ist freilich nicht sehr glücklich gewählt. Titel und Untertitel können den nicht besonders sachkundigen Leser verleiten, Kapitalismus und freie Wirtschaft gleichzusetzen. Der Herausgeber, Professor *Rittershausen*, weist in seinem Vorwort allerdings auf die Ungenauigkeit des Ausdrucks „Kapitalismus“ (jedoch nur beiläufig) hin. In den 20er und 30er Jahren betrachtete und beurteilte man die Marktwirtschaft bzw. Wettbewerbswirtschaft gemeinhin als Kapitalismus. Sollte der Kapitalismus beseitigt werden, so mußte auch die freie Wirtschaft verschwinden. An die Stelle der Wettbewerbswirtschaft sollte die autarke Planwirtschaft treten. Unklar blieb dabei freilich die Abgrenzung gegen das sozialistisch-kommunistische Kollektivsystem.

Herbert Schack, Berlin

Hans-Viktor Schierwater: Parlament und Hohe Behörde der Montanunion. (Veröffentlichungen des Instituts für politische Wissenschaft an der Universität Heidelberg, hrsg. von Carl J. Friedrich, Band 3.) Heidelberg 1961. Quelle & Meyer. 139 S.

Den politischen Charakter des realisierten Schuman-Planes in allen Aspekten und wesentlichen Einzelheiten, besonders im Verhältnis zwischen der Hohen Behörde und der Gemeinsamen Versammlung erneut hervorzuheben und zu verdeutlichen, ist die wichtige Aufgabe, die sich der Verf. gestellt und mit genauer Kenntnis von Details gelöst hat.

Daß der amtliche Name „Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl“ seit längerer Zeit schon und in zunehmendem Maße von der politisch farblosen Bezeichnung „Montanunion“ verdrängt wird, hat möglicherweise mehr als pragmatische oder zufällige Bedeutung. Es wäre denkbar, daß sich auch hierin ein Aggregatzustand abzeichnet, den man wohl nicht ganz zu Unrecht die *Krise der Europaidee* nennt. Zwar bedeutet die heute vereinzelt in Verbindung mit der Forderung nach einem „Europa der Vaterländer“ zu beobachtende Wiederbelebung des Nationalismus nicht notwendig eine Rückentwicklung zum Prinzip des Internationalismus, doch wird man diesen Vorgang als Reaktion auf Unionsbestrebungen mit dem hochgesteckten Ziel einer „Nation Europa“ (unter einheitlicher Regierung und einem frei gewählten echten Europaparlament) auffassen müssen. Von Einfluß mag dabei eine transkontinentale Parallelerscheinung sein, nämlich die markante Tatsache, daß das Modell für „Paneuropa“, der Panamerikanismus mit seiner „Hemisphärenpolitik“, unter den Weltspannungen so deformiert wurde, daß bis zur Kuba-Krise nicht einmal die Urgrundlage, die gemeinsame Verteidigung gewährleistet schien. Aufs Ganze gesehen, braucht diese Duplizität der Ereignisse nicht nur Nachteile zu haben. Es ist sehr wohl möglich, daß die institutionellen Schwierigkeiten, die

sich diesseits und jenseits des Atlantik zeigen, zu einer um so festeren überkontinentalen Verbindung führen. Nach unserer Auffassung entspräche das sogar dem geschichtlichen Verlauf und auch den Erfordernissen der Weltlage, die den freien Völkern eine *gemeinsame Außenpolitik* als dringendste Aufgabe stellt.

Julius Gumpert, Berlin

Hans Peter Kohns: Versorgungskrisen und Hungerrevolten im spätantiken Rom. (Antiquitas, Reihe 1, Band 6.) Bonn 1961. 240 S.

Die aus einer Dissertation erwachsene Untersuchung geht den Schwierigkeiten in der Versorgung der römischen Bevölkerung mit Getreide, Öl und Wein zwischen 351 und 402 nach. Sie erfaßt vollständig die Krisen während des angeführten Zeitraumes, in dem die Versorgungslage ganz allgemein schlecht war, und sie bezieht die mit ihnen verbundenen Hungerrevolten des in bedenklichem Maße leicht erregbaren mittellosen Proletariates ein. Verschiedenen Ursachen des auffälligen Mangels an Lebensmitteln wird nachgespürt, und es werden die Ausmaße der Unruhen, die nicht als Zeichen eines Klassenkampfes zu werten sind und die nur Teil der in der Stadt aufbrechenden Demonstrationen überhaupt waren, ebenso gründlich untersucht wie die Versuche der in einzelnen Abschnitten behandelten Präfecten, den Schwierigkeiten zu begegnen. Der Verf. stützt seine Aussagen nicht etwa nur auf die in einem Anhang zusammengestellte vielfältige Literatur, mit der er sich kritisch auseinandersetzt, sondern vor allem auch auf die reiche Überlieferung, besonders auf die Geschichte des Ammianus Marcellinus für die Jahre bis 375 und auf die Briefe bzw. Reden des Q. Aurelius Symmachus von 375 ab. Sein dankenswertes Buch führt insofern über die Urbs noch hinaus, als Versorgungskrisen und Revolten in ähnlicher Weise auch in anderen Großstädten des Imperiums entstanden.

Eberhard Schmieder, Berlin

Ulrich Peter Ritter: Die Rolle des Staates in den Frühstadien der Industrialisierung. Die preußische Industrieförderung in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts. (Volkswirtschaftliche Schriften, Heft 6.) Berlin 1961. Duncker & Humblot. 176 S.

Der Annahme, dem Titel des Buches entsprechend eine historische Untersuchung erwarten zu dürfen, begegnet bereits Erich Egner im Geleitwort, und der Verf. selbst stellt in der Einleitung fest, „daß diese Arbeit mehr einen volkswirtschaftlichen als einen historischen Charakter“ habe. Er versucht auch, die methodischen Unterschiede der Arbeit des Historikers und des Nationalökonomen zu kennzeichnen, kann aber bei der gebotenen Kürze selbstverständlich nur wenig sagen. Bedenklich werden seine Ausführungen, wenn er meint, seine „Fragestellung ist also insofern eine unhistorische, als hier die staatlichen Maßnahmen nicht im Rahmen ihrer Zeit, sondern auf Grund der neuesten Erkenntnisse der nationalökonomischen Theorie gewürdigt werden sollen“. Bei

einer solchen Konzeption dürfte jedoch nicht von Würdigung der Vergangenheit gesprochen werden, und zu einer „Korrektur des traditionellen Geschichtsbildes“, zu der der Verf. beizutragen hofft, entfällt dann der Anlaß.

Zu danken ist dem Verf. dafür, daß er die Frage der staatlichen Förderung der Industrie in der ersten Hälfte des 19. Jhdts. stellt; denn in den „wirtschaftsgeschichtlichen Gesamtdarstellungen“ (S. 14) wird, wie der Verf. meint, auf diesen Gegenstand nicht oder kaum Bezug genommen. Daß der Wissenschaft die Frage nicht unbekannt war, sagt der Verf. aber selbst, da er „ohne die Verwendung bisher unbekannter Quellen“ (S. 164) auskommt und seine Aussagen aus der vorliegenden Literatur schöpft, die allerdings bescheidenweise von einer Gewerbeförderung spricht, weil es eine Industrie doch eigentlich noch gar nicht gab. Außerdem behandelt der Verf. nicht die Industrieförderung schlechthin, wie der Titel verspricht, sondern läßt absichtlich u. a. gerade die vom Staate besonders geförderte Urproduktion weg. Schließlich kann er eine befriedigende „Definition des Begriffes Industrieförderung“, die die erste Abschnittsüberschrift ankündigt, gar nicht geben, höchstens eine Nominal- oder Realdefinition.

In fünf großen Kapiteln werden verschiedene Maßnahmen der Regierung behandelt, u. a. die auf dem Gebiete des Erziehungswesens unter dem Titel „Maßnahmen zur Verbesserung der Qualifizierung des Produktionsfaktors Arbeit“, die des Arbeitsmarktes, des Wettbewerbes, der Kapitalbildung, des Binnenmarktes. Letztthin freilich geht es dem Verf. nicht in erster Linie darum, historische Tatsachen aufzudecken bzw. anders, als es bisher in der Literatur geschah, zu ordnen; er schreitet gar nicht von der Vergangenheit aus bis in die Mitte des 20. Jhdts. vorwärts, sondern er bewegt sich gerade in umgekehrter Richtung, indem er mit modernsten Begriffen Geschichte zu messen versucht und das Preußen der ersten 50 Jahre des 19. Jhdts. als Modell für ein unterentwickeltes Land unserer Tage nimmt, um an diesem Beispiel zu zeigen, wie das Problem der Wirtschaftshilfe für die unterentwickelten Länder unserer Zeit gelöst werden könnte. Er unterschätzt dabei nicht nur die wirtschaftliche Vielfalt der damaligen preußischen Länder, sondern berücksichtigt zu wenig die Entwicklung Preußens während der Zeit des Merkantilismus bis hin zur beginnenden Industrialisierung und den langsamen Fortschritt während der ausgewählten etwa fünf Jahrzehnte. Das wenig zu Tage tretende historische Verständnis verführt dazu, vergangenes Leben zu schematisieren, nicht nach der Notwendigkeit und dem wirtschaftlichen Bedürfnis — das einfach vorausgesetzt wird — und dem Stande der technischen Entwicklung und den entsprechenden Möglichkeiten zu fragen, nach dem geistig-sittlichen Verhalten der Bevölkerung und der Einstellung der Menschen zur Arbeit oder gar nach dem Politikum der heutigen Wirtschaftshilfe. Mit wiederkehrenden Wendungen wie „man hätte tun oder lassen sollen“,

„es muß der Vorwurf gemacht werden“, „es wäre wünschenswert“ oder „erforderlich gewesen“ kann man der Vergangenheit nicht gerecht werden, auch nicht mit zu allgemeinen Urteilen z. B. über den zu geringen Wagemut der Unternehmer, den u. a. noch ein bekanntes Goethewort erhärten muß. Gerade in der Zeit des frühen wirtschaftlichen Liberalismus zeichneten sich etwa in der chemischen Industrie Berlins verschiedene Persönlichkeiten dadurch aus, daß sie Unternehmen gründeten, die eine glanzvolle Entwicklung erlebten. Und was soll die Behauptung, daß der vorliegende Band einen „Beitrag zur Korrektur jenes verfälschten Geschichtsbildes“ leiste, „das als wesentliche staatliche Maßnahme nur die Durchführung der liberalen Reformen ansieht, während die Einführung von technischem Fortschritt und die Errichtung von Industriebetrieben allein aus der nunmehr von allen Fesseln befreiten Initiative der Bürger abgeleitet wird“ (S. 164), wenn man etwa an die 1804 in Betrieb genommene Königliche Eisengießerei oder an den seit 1820 auf dem Alexanderplatz abgehaltenen Wollmarkt denkt?

Der Verf. stützt sich vor allem auf die Veröffentlichungen von *Henderson*, *Matschoß* (dessen Namen er stets falsch schreibt), auf *Mieck* und *Straube*. Ohne auf die Auswahl der Literatur hier einzugehen, muß aber zu den schon angedeuteten sachlichen Bedenken noch etwas über die Art des Verfassers gesagt werden, die Literatur auszuwerten. Bei der Darstellungsweise ist auf S. 21 aus einem Zitat aus Fr. *Harkots* „Bemerkungen über die preußische Volksschule“ zu entnehmen, daß Friedrich d. Gr. „der deutschen Sprache nicht mächtig“ gewesen sei. Auf S. 145 gibt der Verf. vor, Fr. *Lütge* habe in seiner „Deutschen Sozial- und Wirtschaftsgeschichte“ (S. 374) behauptet, daß die Wirte, Schmiede usw. von den Reisenden und deren Unfällen gelebt hätten; Fr. *Lütge* schreibt nur, daß diese „mit von den Reisenden ... lebten“. Ähnlich unrichtig wird auf S. 51 die Äußerung Fr. *Lütges* über die Freimeister (S. 394) ausgewertet. Auf S. 63 soll das erste Namensverzeichnis des „Vereins zur Beförderung des Gewerbefleißes“ auch die „Fürsten Pless und Henckel-Donnersmarck“ als Industrielle enthalten; dabei gab es Fürsten *Pleß* erst seit 1850 und Fürsten *Henckel von Donnersmarck* gar erst seit 1901.

Nicht verständlich bleibt, wie der Verf. z. B. „Preußens Gewerbe-förderung“ von *Matschoß* auswertet. Er beruft sich wohl in 23 Anmerkungen auf dieses Buch. Die Anmerkungen, von denen nur drei völlig einwandfrei sind, enthalten Fehler, z. B. falsche Seitenzahlen (auf S. 57, Anm. 40, ist nicht S. 66, sondern S. 54 bei *Matschoß* gemeint). Die Anm. 8 auf S. 161 enthält mehrere Fehler im Text, außerdem muß für S. 15 stehen: S. 16. Noch schlimmer, wenn z. B. in den Zitaten aus *Matschoß* auf S. 29, Anm. 60, fünf Fehler oder auf S. 35, Anm. 87, neun Fehler gemacht worden sind. Wie wenig genau der Verf. bei der Übernahme aus der Literatur verfährt (z. B. auf S. 71, Anm. 106, aus *Treue* oder auf S. 163, Anm. 11, aus *Beutin*), beweisen die in stärkster Anlehnung an *Matschoß* formulierten Text-

stellen auf S. 60, 61, 69, 98 und 148; hier fehlen bei der z. T. kürzeren oder längeren wörtlichen Übernahme sogar die Anführungszeichen. Da es sich bei dieser Häufung wohl nicht um Druckfehler handelt, dürfte ein solches Verfahren an Plagiat grenzen. Es ist bedauerlich, auf eine unverzeihliche Arbeitsweise hinweisen und dann letztthin feststellen zu müssen, daß der Verf. dem interessanten und zeitnahen Thema nicht gerecht geworden ist.

Eberhard Schmieder, Berlin

Leopold v. Wiese: Die Entwicklung der Kriegswaffe und ihr Zusammenhang mit der Sozialordnung. Eine Sammlung von Beiträgen. Köln 1953. Universitätsverlag. 156 S.

Für eine „Soziologie der Waffe“, die der Herausgeber anregt, entwirft diese Schrift einen historischen Grundriß. Er wird eingeleitet mit einer Typologie der Waffen, die von der Primitive bis an den zweiten Weltkrieg herangeführt ist und einen breiten Raum einnimmt. Naturgemäß sind die sozialen Auswirkungen der Armierung wesentlich schwieriger zu erfassen, so daß es sich auf dem verfügbaren Raum nur um einen ersten Versuch handeln kann, wie ausdrücklich betont wird. Daß die aus der Rüstung erwachsende Steuerlast mit ihrer differenzierenden soziologischen Wirkung ein zu allen Zeiten schwer zu bewältigendes Problem war, wird besonders heute evident. Darüber hinaus können Schlüsse, wie J. Volkmann feststellt (S. 117), nur mit Vorsicht gezogen werden.

Wenn W. E. Mühlmann (S. 50) die Meinung vertritt, daß die Einführung neuer Waffen als Anreiz und Initialzündung für die politische Expansion wirke, so ließe sich in diesem Zusammenhange zweckmäßig daran erinnern, daß es zwei Arten politischer Expansion gibt, eine nach außen und eine nach innen gerichtete. Welche gesellschaftliche Macht die Streitkräfte im zweiten Falle darstellen, ob sie sich vielleicht sogar zu einem „Staat im Staate“ auszuwachsen vermögen, das hängt offenbar nicht von den Waffen, sondern allein von dem Geist ihrer Träger und dem der Gemeinschaft ab. Hingegen haben neue Waffen auf die äußere Expansion zuzeiten einen nicht unerheblichen Einfluß ausgeübt. So mögen die kurz vor dem ersten Weltkriege eingeführten allgemein gefürchteten U-Boot-Waffen wie auch das Festungsturmgeschütz („Dicke Berta“) auf unserer Seite den Entschluß zum Kriege erleichtert haben. Mit mehr Sicherheit wird man das von der zu Beginn des zweiten Weltkrieges in der Entwicklung begriffenen neuen „Geheimwaffe“ (V 1) sagen können. Inzwischen hat das Atomzeitalter, das die Schrift noch nicht behandelt — und insofern bietet ihre aus organisatorischen Gründen verspätete Anzeige den Vorteil, das Thema etwas weiterführen zu können — auch hierin einen gründlichen Wandel geschaffen. Denn die Erfindung (nicht Entdeckung) der Atombombe ist wegen der von ihr ausgehenden Gefahr der Selbstvernichtung für das imperialistische Streben eher ein Dämpfer als ein Impuls, wie die bereits vorhandene Erfahrung lehrt. Dies um so mehr, als sich heute das waffentech-

nische Schwergewicht, im Gegensatz zur Ilias mit ihrem ethischen Veruruf der „Fernwaffen“ (Pfeil und Bogen), gerade auf diese Form, auf die Interkontinentalraketen und ihre Megatonnenlast, verlagert hat. Sie haben die Ozeane als „Schutzwaffen“, entgegen früheren Ansichten (S. 12), völlig entwertet. Die endgültige Abkehr der Amerikaner vom Isolationismus und ihre Eingliederung in das Nordatlantische Verteidigungsbündnis waren die zwangsläufigen Folgen. Eine weitere Wirkung dieser Waffen wird aller Voraussicht nach, wie wir an dieser Stelle wiederholt betont haben, die sein, daß sie den Krieg auf die Dauer unmöglich machen werden. Jedenfalls hat das von P. Stotten (S. 118) zitierte Wort vom Kriege als dem Vater aller Dinge seinen Sinn verloren (wenngleich nicht übersehen werden kann, daß die Weltraumfahrt, in der der Osten z. Z. führt, noch immer unter machtpolitischen Gesichtspunkten steht).

Julius Gumpert, Berlin

K. William Kapp: *Toward a Science of Man in Society. A Positive Approach to the Integration of Social Knowledge.* (Studies in Social Life, edited by Gunther Beyer, VI.) Den Haag 1961. Martinus Nijhoff. XV, 229 S.

„Diese Studie hält Umschau nach einer neuen Einheit der Gesellschaftswissenschaft und der sozialwissenschaftlichen Forschung“, heißt es im Vorwort S. VII. „Sie wendet sich damit an alle, die in der gegenwärtigen Aufspaltung und Spezialisierung sozialwissenschaftlicher Einzelfächer die Ursache für die verwirrende, üppig wuchernde Vielfalt von Forschungszielen, das Verharren in Binsenweisheiten und für das Unvermögen erkannt haben, unsere Wissenschaft voll und ganz in den Dienst menschlicher Wohlfahrt (human welfare) zu stellen“ (übersetzt vom Rezensenten). Es geht Kapp mit anderen Worten um die Frage, wie unser über viele Spezialgebiete verstreutes Wissen vom Menschen und von der Gesellschaft wieder vereinigt werden kann, und „wer daran festhält, daß die Abfächerung in Spezialgebiete die via regia zu sozialwissenschaftlichen Erkenntnissen sei, wird dieses Buch als herausfordernd, ja aufreizend bezeichnen.“ Nach der Lektüre möchte man jedoch eine derartige Reaktion kaum erwarten.

Der I. Hauptteil setzt die Symptome und Wirkungen sozialwissenschaftlichen Spezialistentums auseinander und forscht den Gründen dieses Auflösungsprozesses nach, der nicht einfach mit der Erklärung abgetan werden kann, daß es sich hierbei um die Konsequenz notwendiger Arbeitsteilung auch im Bereich der Wissenschaft handele. Schuld tragen vielmehr in erster Linie die in unserer Lehrgeschichte wiederholt zu beobachtenden Rückfälle in „naturalistisches Denken“ und die Leichtfertigkeit, mit der Analogien als Brücke zwischen gesellschafts- und naturwissenschaftlicher Forschungsmethodik allgemeines Zutrauen fanden. Hinzu kommt der unglückselige Familienzweist rivalisierender Schulen, den Kapp am Kräfteverzehr der Nationalökonomie und des psychoanalytischen Zweiges der Tiefenpsychologie

mit viel Geschick ausmalt. Der Verfasser sondiert kritisch die bisherigen Versuche, zu einer Integration der sozialwissenschaftlichen Einzeldisziplinen zu gelangen (von losen Experten-Konsilien bis zum kollektiven Zwangsdienst am Dialektischen Materialismus), und entwirft demgegenüber im II. Hauptteil ein eigenes Strukturprinzip ganzheitlicher Wissenschaftssysteme, das drei „Organisationsebenen“ unterscheidet — nämlich jene der unbelebten Sachwelt, der lebendigen Organismen und der menschlichen Gesellschaft — und die letztere zur Integrationsbasis aller Fachrichtungen proklamiert, die auf den Menschen in seiner historisch-soziokulturellen Wesenheit hinarbeiten. Diese mit wenigen Worten nur andeutbare Pointe des Buches wird dann im III. Hauptteil in extenso abgehandelt: Die Einheit der Sozialwissenschaft ruht auf der Anerkennung der Grundthese, daß eine „evolutionäre Kontinuität“ die anorganische und organische Welt mit der kulturellen Seinswirklichkeit des Menschen verbindet (S. 123), daß dessenungeachtet aber biologische Erkenntnismittel und -verfahren nicht auf die sozialwissenschaftliche Ebene heraufgespielt werden dürfen, wo der Mensch, objektiv gesehen, durch Wirtschaft und Technik und alles, was wir Kultur nennen, seinen biologischen Unzulänglichkeiten entrinnt. „Kultur ist nicht der Inbegriff von Erscheinungen oder Erfahrungen, sondern eine Abstraktion, in der die sinnfälligen Regelmäßigkeiten menschlichen Verhaltens ihren Ausdruck finden . . ., die ihrerseits in bestimmte Bahnen gelenkt werden können“ (S. 172). Dazu ist erforderlich, zwischen „normalen“ und psychopathologischen Verhaltenstypen zu unterscheiden, und „die Psychoneurose wird zum sozialen Problem par excellence“ (S. 173). Abschließend umreißt der Autor eine „Strategie wissenschaftlicher Forschungsarbeit“, die seiner Vorstellung ganzheitlicher Sozialwissenschaft („Integration by Common-Denominator Concepts“) gerecht wird und dazu taugen soll, unter Wahrung der Gesamtinterdependenz gesellschaftlicher Phänomene Struktur- und Funktionsanalysen, statisch und dynamisch orientierte Untersuchungen sowie „kumulative Ursachenforschung“ zu betreiben. Bei all dem gilt es einzusehen, daß eindeutig determinierte Denkmodelle an der mangelnden Prognostizierbarkeit autonomen individuellen und Gruppenhandelns scheitern.

Der immense Aufwand an literarischer Gelehrsamkeit hat ein eindrucksvolles Ideengebäude entstehen lassen, das vom Grundriß her allen sozialwissenschaftlichen Fächern Raum bietet, ohne daß sie sich darin wohnlich einrichten könnten. Zweifellos hat Kapp auf einen prekären wissenschaftstheoretischen und wissenssoziologischen Notstand hingewiesen und ernstzunehmende Gedanken zu seiner Besserung beigesteuert. Aber die Höhe seines Geistesfluges und die Wolkenbänke fremdartigster angelsächsischer Begriffsneuheiten machen es dem Leser schwer, Land zu sehen. Nur wer über die Wege und Wandlungen des Institutionalismus Bescheid weiß, wird hier und da von seinem Erinnerungsvermögen zehren.

Antonio Montaner, Mainz

Günter Schmölders: Volkswirtschaftslehre und Psychologie. Mit einer Aussprache führender Wissenschaftler. (Schriften der Adolf Weber-Stiftung. Hrsg. von R. Gunzert.) Berlin 1962. Duncker, & Humblot. 102 S.

Mit der vorliegenden Veröffentlichung wird die Schriftenreihe der Adolf Weber-Stiftung begonnen. Inhalt ist ein Bericht über eine Sitzung des Kreises „Münchener Gespräche“ vom Oktober 1961. Gemäß den von Alexander *Nikuradse* und Alois *Dempff* eingangs dargelegten Arbeitsgrundsätzen des Kreises sollte eine Brücke geschlagen werden zwischen Nationalökonomie und Psychologie. Verhandlungsthemen, einleitende Ausführungen dazu und Schlußwort hat Günter Schmölders geliefert. Die psychologische Betrachtungsweise eröffne der Erklärung volkswirtschaftlicher Wirklichkeit ein weites Arbeitsfeld. Dies zeige sich zunächst für das Verbrauchen und Sparen der Haushalte. Einkommensverwendung jenseits des Dringlichsten geschehe heute ziemlich willkürlich, mit Ableitungen aus der bloßen Einkommenshöhe gelange man nicht zu brauchbaren Ergebnissen. Ebenso wenig komme man bei Untersuchung des Unternehmerverhaltens mit der Unterstellung eines rationalen Gewinnstrebens aus. Schmölders hat auf die bereits vielseitige empirische Verhaltensforschung verwiesen, aber bedauert, daß die Nationalökonominnen sich bisher mit „hausgemachter“ Psychologie hätten behelfen müssen. Neben der Individualpsychologie bedürfe man der Sozialpsychologie und der Soziologie zur Ergänzung.

Die anwesenden Psychologen äußerten sich zumeist zustimmend. Philipp *Lersch* betonte die Notwendigkeit, vom Wirtschaftspsychologen Vertrautheit mit dem Wirtschaftsleben und seinen Problemen zu verlangen. Die Soziologie stehe dem Gegenstand näher. Berücksichtigung auch der Tiefenpsychologie forderte Martin *Däumling*. Meinungsforschung genüge nicht. Auf (die beiderseits wichtigen Probleme des Zukunftserlebens machte Rudolf *Bergius* aufmerksam. Doch müsse der Psychologe seine Frage erst so gestalten, daß sie in sein Bezugssystem passe. Bemerkungen über Beziehungen zur Rechtswissenschaft und zur Anthropologie steuerten Ottmar *Bühler* bzw. Heinrich *Schneider* bei.

Bedenken gegenüber einer Ausweitung der Inanspruchnahme psychologischer Erkenntnisse kamen von seiten der Wirtschaftswissenschaft. Angesichts der Hervorkehrung der „Imponderabilien“ durch Schmölders verwies Adolf *Weber* auf den Zwang zum Rationalen unter den Bedingungen des Marktes. Die verschiedensten Versuche in Vergangenheit und Gegenwart, das Volkswirtschaftliche vom Einzelnen her anzugehen, seien vergeblich geblieben. Für die Vorbereitung wirtschaftspolitischer Gesetzgebung, worauf es ankomme, könnten von der psychologisch orientierten Forschung brauchbare Ergebnisse kaum erwartet werden. Rudolf *Gunzert* und der akademisch geschulte Bankmann Karl *Kreuser* schlossen sich solchen Bedenken an. In Übereinstimmung mit Adolf *Weber* erinnerte Horst *Jecht* warnend an

Versuche der Grenznutzenschule, ihre Theoreme aus der Psychologie abzuleiten. Jedoch bedürfe die heute unverzichtbare rationale Theorie einer gewissen Ergänzung durch die Verhaltensforschung. Dies gelte auch für die im Kern richtige, im einzelnen abzuwandelnde *Keynessche* Konsumfunktion.

Hinsichtlich des Spielraums für Imponderabilien wird man vor allem auf die Unsicherheit des Künftigen, soweit sie als unüberwindbar verbleibt, abzustellen haben. Schon der kreditgebende Bankmann *Kreusers* hat über die Rückzahlung und gar über die allseitige Sinnhaftigkeit seines Tuns kein „Wissen“, nur eine Mutmaßung. Derart ergeben sich Bedenken gegenüber einem allzu unbekümmerten Aufbau von Datenkränzen. Man mag das *Keynessche* „Fundamental Psychological Law“ aus dem dortigen theoretischen Gefüge herauslösen und mit *Keynes* von der Sorge um Geldentwertung absehen. Dann wird der Kauf eines langlebigen Gebrauchsgutes zu einer nicht sonderlich bedeutsamen Art von „Verbrauch“. Wird hingegen Inflation als unbestimmte Möglichkeit berücksichtigt, so handelt es sich vielmehr um eine, zumal bedeutsame, Art zu „sparen“. Aber Sparen ist alsdann nicht mehr „saving“.

Die Lehren von Rudolf *Bergius* über das „Zukunftserleben“ lassen die Spannweite der Brücken ahnen, welche zu schlagen wären. Vorab bedarf es einer Angleichung der Fragestellungen, soll aus dem Nebeneinander ein Miteinander werden. *Bergius* selbst hat geraten, neben der naturwissenschaftlich-experimentellen die geisteswissenschaftliche Richtung der Psychologie nicht zu vergessen. Hier mag die Spannweite geringer sein. Der Volkswirt wird sich dankbar erinnern, daß einst *Eduard Spranger* solchen Weg, zunächst bewußt schematisierend, beschritten hat. *Otto Friedrich Bollnows* Lehre von den Stimmungen hat bei *Walter Adolf Jöhr* wohlverdienten Niederschlag gefunden.

Von seiten der Nichtnationalökonomien haben sich bei dem gegenwärtigen Gespräch Gefühle der Abneigung gezeigt gegenüber dem Umgang mit einem Gegenstande, der engen Diesseitigkeiten allzusehr verhaftet scheint. Der Psychologe erschrickt vollends, wenn der Volkswirt das Streben nach „Gewinn“, als einem offenbar erheblichen, aber leistungslosen Einkommen, in die Mitte rückt. Das volkswirtschaftliche Vokabularium ist verfänglich. Die Dinge sehen sich von vornherein etwas anders an, wenn man mit *Adam Smith* davon ausgeht, daß die Menschen weithin in dem Bestreben übereinstimmen, „to better their condition“.

Hero Moeller, Tübingen

Franz-Ulrich Willeke: Entwicklung der Markttheorie. Von der Scholastik bis zur Klassik. Tübingen 1961. J. C. B. Mohr (Paul Siebeck). 153. S.

Da die Geschichte der Markttheorie üblicherweise nur bis zur Klassik zurückverfolgt wird, unternimmt der Verfasser in der vorliegenden Schrift — seiner Habilitationsschrift — den Versuch, die Ent-

wicklung der Markttheorie von der Scholastik bis zur Klassik nachzuzeichnen, „um so der Dogmengeschichte der Markttheorie eine tiefere historische Dimension zu geben“. Durch eine Übertragung der in der damaligen Literatur zu findenden markttheoretischen Gedankengänge in eine strengere modelltheoretische Form erstrebte W. eine schärfere Profilierung der Zusammenhänge.

In vier Kapiteln behandelt W.: Erste Ansätze zu einer Markttheorie in der Scholastik, die Entwicklung der Markttheorie in der englischen und französischen Literatur der Vorklassik, im deutschen Kameralismus sowie die Markttheorie in der Sicht der englischen Klassiker.

In der Scholastik beginnen sich die Umriss der Markttheorie abzuzeichnen, die vom Anfang an durch die Polarität von Konkurrenz und Monopol wesentlich mit bestimmt worden ist. Im 1. Kapitel gibt W. keine neuerliche Darstellung der Lehre vom gerechten Preis, sondern er will seinem Thema gemäß systematisieren, was innerhalb der Lehre vom gerechten Preis an markttheoretischem Gehalt festgestellt werden kann. S. 27 wird darauf hingewiesen, daß den Verhältnissen auf den mittelalterlichen Märkten entsprechend „sich im scholastischen Schrifttum die Idee der standesgemäßen Nahrung nicht in nennenswertem Umfang durchzusetzen vermochte. Die in den markttheoretischen Erörterungen der Scholastiker gemachte Voraussetzung eines Gewinnstrebens der Marktteilnehmer muß als für ihre Zeit durchaus realistisch angesehen werden“.

Im 2. Kapitel betont W., daß im 17. Jahrhundert gelegentlich, im 18. Jahrhundert häufiger Qualität und weitere heterogene Merkmale des Angebots und nicht mehr allein der Preis als Aktionsparameter der Anbieter gesehen wurden, es fehlte aber noch der Gedanke, daß man diese verschiedenen Faktoren gewissermaßen auf einen Nenner bringen kann. Sehr ausführlich wird hier, und zwar auch kritisch, dann der Preismechanismus von *Cantillon* behandelt.

Im 3. Kapitel gelangen insbesondere *Becher*, *Justi* und *Sonnenfels* ausführlich zur Darstellung. Mit Recht wird S. 79 betont, daß die Bechersche Einteilung der Märkte in Proportion, Monopol und Polypol nur sehr beschränkte Verwendungsfähigkeit besitzt. S. 103 heißt es dann: „Blieb somit auch in der kameralistischen Literatur des 18. Jh. die Analyse der Marktvorgänge in vielen Punkten unzureichend, so war sie inzwischen doch auch hier weit genug vorangetrieben worden, um der These, daß sich ein „Gleichgewicht“ oder „Zusammenhang“ der Gewerbe herausbilden wird, falls die Gewerbe „frei“ sind, eine kräftige Stütze geben zu können.“

Das Verhältnis von Marktpreis und natürlichem Preis sowie der Ausgleich der Profitrate werden neben anderen Problemen im 4. Kapitel erörtert. „Rückblickend“, so heißt es S. 128, „können wir sagen, daß die klassische Markttheorie — auch wenn sie nur einen verhältnismäßig kleinen Raum im gesamten klassischen Lehrgebäude einnimmt — doch unter einer größeren Anzahl von Gesichtspunkten

diskutiert wurde“. Die klassische Theorie hat auch nicht von Zeit und Raum abstrahiert, die Marktvorgänge wurden nicht als Prozesse mit unendlicher Reaktionsgeschwindigkeit angesehen, die Raumkomponente fehlte auch nicht.

Die Schrift soll, wie W. im Vorwort ausdrücklich betont, keine Dogmengeschichte in dem Sinn sein, daß jeder Autor des behandelten Zeitraum, „der zu dieser oder jener — allein auf Gütermärkte bezogenen — markttheoretischen Frage Stellung nahm, mit allen Einzelheiten seiner Meinung vorgestellt würde. Vielmehr wurde nach einer groben zeitlichen, teilweise auch räumlichen Gliederung des Stoffes das Schwergewicht auf die Darstellung der einzelnen Problemkreise gelegt“. Die Lektüre der Schrift ist durch die große Zahl der Fußnoten — 528 Fußnoten auf 140 Seiten! — nicht ganz leicht, allein das liegt weitgehend im Wesen des Themas. Anerkannt werden muß, daß der Verfasser sehr sorgfältig zitiert hat. W. ist ein guter Kenner der Dogmengeschichte. Das Thema, das er sich gestellt hat, ist für Dogmenhistoriker und Theoretiker zweifelsohne interessant.

Bruno Schultz, Berlin

Alfred Kruse: Außenwirtschaft — Die internationalen Wirtschaftsbeziehungen. Berlin-München 1958. Duncker & Humblot. 660 S.

Eine äußerst interessante und gründliche Untersuchung, die ein wirklich anständiges Niveau erreicht. Im Gegensatz zu ähnlichen Werken anderer Verfasser ist auch die Literaturübersicht ausgezeichnet und weitgehend vollständig. Die Vereinigung von Weltwirtschaft, Außenhandelspolitik und internationalen Wirtschaftsbeziehungen ist dem Verfasser durchaus geglückt. Es ist ein wirklich ernst zu nehmendes und auch pädagogisch gut gestaltetes Werk. Wenn man bedenkt, wie schwierig es ist, in dieser stets fließenden Materie einigermaßen das rein Temporäre von dem Dauernden zu trennen und doch irgendwie aktuell zu bleiben, so ist die Arbeit des Verfassers um so anerkennenswerter. Einige kleinere aber wertvolle statistische Unterlagen und Graphika unterstützen die ausgezeichnete Darstellung des Verfassers.

Ein Buch, das man wirklich empfehlen kann.

Richard Kerschagl, Wien

Egon Sohmen: Flexible Exchange Rates, Theory and Controversy. Chicago 1961. University of Chicago Press. 155 S.

Die Diskussionen über die bestehende internationale Währungsordnung befassen sich in zunehmenderem Maße auch mit der Frage, ob das System starrer Wechselkurse nicht durch ein anderes Wechselkurssystem ersetzt werden könnte. Immer wieder wird dabei die Einführung flexibler Wechselkurse erörtert. Diesen Weg geht auch Egon Sohmen. Er unterzieht das System flexibler Wechselkurse einer eingehenden Prüfung, indem er mit Hilfe der theoretischen Analyse dieses Wechselkurssystem auf sein wahrscheinliches Funktionieren hin untersucht, wobei auch praktische Erfahrungen eingeflochten werden.

Egon Sohmen kommt im Rahmen seiner Untersuchungen zu bemerkenswerten Feststellungen. Flexible Wechselkurse dürften nach einer kurzen Übergangsperiode, während derer sie ihr Gleichgewichtsniveau finden, falls sie vor Änderung des Wechselkurssystems keine Gleichgewichtskurse mehr waren, von außerordentlicher Stabilität sein. Jede Wechselkursänderung induziert nämlich Warenströme, die der ursprünglichen Änderung entgegenwirken. In diesem Zusammenhang weist Sohmen auch auf die stabilisierenden Wirkungen der Devisenspekulation hin. Diese muß, soll sie gewinnbringend sein, bei niedrigen Kursen einkaufen und bei hohen Kursen verkaufen, was sowohl den Kursabfall als auch den Kursanstieg bremst und so die Schwankungen des Wechselkurses um sein Gleichgewichtsniveau vermindert.

Außerdem ist auch noch zu beachten, daß die Zentralnotenbank kleinere Schwankungen mit Hilfe begrenzter Interventionen ausgleichen kann, während sie das Einspielen des Wechselkurses auf einem neuen Gleichgewichtsniveau systemgemäß nicht verhindern darf. Diese Feststellungen werden erhärtet durch das praktische Beispiel Kanadas, dessen Wechselkurs während der letzten zehn Jahre seiner Freigabe nur eine maximale Schwankungsbreite von etwa 5 vH hatte.

Weiterhin dürfte, wie Sohmen feststellt, die Währungspolitik bei flexiblen Wechselkursen eine größere Durchschlagskraft haben als bei starren. Eine Erhöhung des inländischen Zinssatzes erhöht die Anziehungskraft für ausländische Kredite. Dadurch wird der Wechselkurs verbessert und der Exportüberschuß vermindert bzw. der Importüberschuß erhöht. Bei starren Wechselkursen hingegen bedeutet ein durch eine Zinserhöhung ausgelöster Kredithereinstrom aus dem Ausland eine Ausweitung des Geldumlaufs im Inland, da die Zentralbank die Devisen gegen Hingabe eigener Währungseinheiten ankaufen muß. Dieser Vorgang wirkt dem mit der Zinserhöhung geplanten monetären Effekt entgegen.

Die zunächst zweifelhaft erscheinende These, daß flexible Wechselkurse die Risiken für den internationalen Handel vermindern, begründet der Verfasser damit, daß unter diesen Bedingungen die Regierungen keinen Grund zur Einführung restriktiver Maßnahmen haben, wie das bei starren Wechselkursen wegen der in diesem System leicht auftretenden Devisenschwierigkeiten oft der Fall ist.

Ferner erschweren freie Wechselkurse das Betreiben einer inflationären Währungs- und Wirtschaftspolitik, da Inflationstendenzen durch den Kursabfall der betreffenden Währung auf den Devisenmärkten sofort und deutlich zum Ausdruck kommen. Feste Wechselkurse und die damit oft verbundenen Preiskontrollen aller Art ermöglichen es dagegen oft, Inflationstendenzen für längere Zeit zu verschleiern. Darüber hinaus verhindern flexible Wechselkurse durch Kursveränderungen das Importieren von Inflationen (und im entgegengesetzten Fall auch das Importieren von Deflationen).

Bei Wechselkursflexibilität können sich außerdem Zinssätze und Wechselkurse so einspielen, daß Vollbeschäftigung erhalten bleibt, eine Tatsache, die für starre Wechselkurse keineswegs zutrifft.

Sehr zu beachten ist auch die Rolle der Devisenterminmärkte, auf die Sohmen hinweist. Interventionen zur Kursstützung erfolgen im augenblicklichen System starrer Wechselkurse fast ausschließlich auf den Kassamärkten. Da jedoch die meisten Geschäfte im internationalen Handel auf Zeit abgeschlossen werden, ist für die Mehrzahl der am Außenhandel Beteiligten gerade die Stabilität der Terminkurse von Wichtigkeit. Diese werden jedoch im heutigen Wechselkurssystem kaum von den Zentralbanken gestützt, entbehren also der notwendigen Stabilität.

Schließlich ist auch noch die weitere Feststellung Sohmens wichtig, daß auch flexible Wechselkurse die Regierungen und Notenbanken selbstverständlich nicht von der Aufgabe befreien, eine gesunde Währungs- und Wirtschaftspolitik zu betreiben. Nur diese garantiert letztlich gesunde Wirtschaftsverhältnisse.

Das Verdienst Egon Sohmens ist es, die Diskussion um die Frage, starre oder flexible Wechselkurse, wieder stärker auf das Niveau sachlicher Erörterungen gebracht zu haben. Ohne gefühlsbetonte, nur mangelhaft begründete Behauptungen aufzustellen, wie das leider oft von Gegnern und Befürwortern flexibler Wechselkurse getan worden ist, unterzieht er das System flexibler Wechselkurse einer gründlichen theoretischen Untersuchung, wobei er in Betracht kommende Einwendungen ebenfalls genau prüft. Er kommt dabei zu Schlüssen, die wohl begründet und theoretisch kaum anfechtbar sind.

Allerdings dürften einige Folgerungen zu sehr rein theoretisch sein, als daß sie uneingeschränkte Zustimmung, selbst unter den Anhängern flexibler Wechselkurse, finden werden. So z. B. die Feststellung, daß ein Kapitalhereinstrom bei flexiblen Wechselkursen deflationäre Folgen zeitigt. Ohne die Verminderung der Exporte zu berücksichtigen, erklärt Sohmen das damit, daß alle zusätzlich hereinströmenden Mittel wieder für zusätzliche Importe ausgegeben werden, die Geldmenge im Inlande also die gleiche bleibt, das Warenangebot aber steigt (S. 25/26). Ebenso für reale Verhältnisse anzuzweifeln ist die Feststellung, daß im System flexibler Wechselkurse eine Kapitalflucht bei Inflation die inflationären Tendenzen noch verstärkt, da die Wechselkursveränderung zu umfangreicheren Exporten führt (S. 28). Bestenfalls dürften die zusätzlichen Exporte die Geldmenge im Inlande auf dem gleichen Stand halten, keinesfalls aber vergrößern.

Trotz dieser geringen Vorbehalte ist das vorliegende Werk Sohmens ein ausgezeichneter und objektiver Beitrag zur Diskussion um die evtl. Einführung flexibler Wechselkurse und sollte daher auch von den Gegnern dieses Wechselkurssystems einem genauen Studium unterzogen werden.

Dieter Pentzek, Berlin

Wilhelm Meinhold (Hrsg.): Internationale Währungs- und Finanzpolitik. Mit Beiträgen von L. A. Hahn, G. N. Halm, W. Hofmann, O. Kraus, A. Kruse, W. Meinhold, H. Rittershausen, G. Schmölders und Th. Surányi-Unger. Berlin 1961. Duncker & Humblot. 185 S.

Schüler und Freunde haben dieses Sammelwerk Adolf Weber aus Anlaß der Vollendung seines 85. Lebensjahres am 29. Dezember 1961 als Geburtstagsgabe überreicht. Wie der verdienstvolle Herausgeber W. Meinhold in seinem Geleitwort bekundet, wurde mit Rücksicht auf die unserem Nestor zu seinem 75. Geburtstag dedizierte, von A. Kruse besorgte „eigentliche“ Weber-Festschrift („Wirtschaftstheorie und Wirtschaftspolitik“, Berlin 1951) diesmal von einer solchen Bezeichnung bewußt Abstand genommen, „aber ein seither verstrichenen weiteres Jahrzehnt unentwegten und vollgültigen Schaffens des Jubilars, dessen Stimme nach wie vor allenthalben gehört wird, ließ es angezeigt erscheinen, ihm erneut Dank abzustatten in einer Form, wie sie einem hervorragenden Wissenschaftler gebührt“ (S. 10 f.).

Mit dem Generalthema wurde, wie der Herausgeber zu Recht betont, ein für den nun bald nach seinem 86. Geburtstag Heimgegangenen kennzeichnendes und von ihm stets mit besonderem Eifer und ernster Sorge gepflegtes Arbeitsgebiet getroffen. Unvergessen sind seine geharnischten Auseinandersetzungen mit dem Keynesianismus und seine beständige Mahnung, in Produktionselementen zu denken, um den Blick auf die güterwirtschaftliche Realität nicht durch monetäre Illusionen trüben zu lassen. Der gebotenen Kürze halber ist der Rezensent genötigt, sich auf die Nennung der Mitarbeiter und ihrer Themen zu beschränken und von einer noch so konzentrierten Inhaltsangabe abzusehen. W. Meinhold schrieb das schöne Geleitwort und steuerte den Aufsatz „Währungspolitische Konsequenzen der Lohnexpansion“ bei. Th. Surányi-Unger erörterte „Geld und Kapital in der Weltwirtschaft (USA, EWG, EFTA, UdSSR)“, A. Kruse lieferte die Abhandlung „Internationaler Kredit- und Kapitalverkehr und der Ausgleich der Zahlungsbilanzen“ und O. Kraus den Beitrag „Währungssysteme und Währungspolitik“. Ferner referierten H. Rittershausen über „Modellverwendung bei währungspolitischen Aussagen“, L. A. Hahn über „Monetäre Integration — Illusion oder Realität?“ und G. N. Halm über „Geldpolitik und Marktwirtschaft (Ein Jahrhundert amerikanischer Erfahrungen)“. G. Schmölders behandelte das Thema „Internationale Finanzpolitik“, und W. Hofmann widmete seinem Lehrer eine Studie über „Schleichende Inflation und Kapitalbildung“.

Die hier arbeitsgemeinschaftlich vereinten Gratulanten wollten keinesfalls als Vertreter einer Weber-Schule zu Wort kommen, da es diese im üblichen Sinne des Ausdrucks gar nicht gebe und da der Münchener Altmeister selber immer wieder seine Skepsis gegenüber der Bildung von Schulen und Schulmeinungen äußerte. Ob und wie weit jedoch ein Gelehrter schulebildende Kraft besitzt, ist Tatfrage, die im Falle Adolf Webers — gewiß nicht im Dogmatisieren, aber in

der Entschiedenheit seiner wissenschaftlich-ethischen Grundhaltung — unzweifelhaft bejaht werden muß. So nimmt es nicht wunder, daß sich die Autoren expressis verbis dem Weber-Kreis zugehörig fühlen, der weit genug gespannt ist, um fruchtbare Toleranz zu praktizieren. Wo wären überdies in einer zunehmend weltoffenen Nationalökonomie doktrinaire Meinungsmonopole noch von Bestand?

Antonio Montaner, Mainz

Fritz Machlup: Die Pläne zur Reform des internationalen Geldwesens. (Kieler Vorträge — Neue Folge, Heft 23.) Kiel 1962. 65 S.

Mit diesem Vortrag hat Fritz Machlup versucht, eine systematische Übersicht über die wichtigsten Reformpläne, die das Weltgeldsystem betreffen, zu geben. Hauptzweck der Darstellung ist es, den Stand der augenblicklichen Diskussion über dieses Problem aufzuzeigen und somit eine gute und klare Ausgangsbasis für weitere Erörterungen und eine schließliche Lösung dieser Frage zu schaffen.

Einleitend nimmt Machlup zum gegenwärtigen Geldsystem in den Ländern der freien Welt Stellung und weist auf dessen Mängel hin. Die größten Nachteile unseres gegenwärtigen Systems von Golddevisenwährungen sind oft auftretende ernste Zahlungsbilanzschwierigkeiten, unzulängliche Währungsreserven und die Gefahr eines Zusammenbruchs des gesamten internationalen Währungssystems, da der Anteil der Devisen an den Währungsreserven gefährlich groß wird.

Nun ist eine ganze Reihe von Plänen zur Reform des bestehenden internationalen Währungssystems geschaffen worden, die von geringen Verbesserungen bis zu radikalen Änderungen des gegenwärtigen Systems reicht. Machlup unterscheidet dabei fünf grundsätzliche Reformmöglichkeiten, die aber auch untereinander kombiniert werden können: 1. Erweiterung der Golddevisenwährung, 2. Kredithilfe zwischen Notenbanken, 3. Zentralisierung der Währungsreserven, 4. Erhöhung des Goldpreises und 5. frei bewegliche Wechselkurse.

Die Fortsetzung und Erweiterung der Golddevisenwährung könnte mit einem weiteren Anwachsen der Dollar- und Pfunddevisenvorräte oder mit einer Hinzuziehung zusätzlicher Schlüsselwährungen verbunden werden. Der erste Weg wird nach Meinung des Verfassers nur dann erfolgversprechend sein, wenn das Vertrauen in den Dollar und das Pfund vollkommen wiederhergestellt wird, wenn die wiederholten Prognosen einer Goldpreiserhöhung nicht beachtet werden, wenn die weitere Zunahme der Dollarsichtverbindlichkeiten nicht die Aufnahmebereitschaft der anderen Notenbanken übersteigt und wenn das Anwachsen der Währungsreserven der freien Welt durch Goldproduktion, Goldenthaltung und durch die Zunahme der Dollardevisenvorräte ausreicht, den Reservebedarf der Welt zu befriedigen.

Beim zweiten Weg müßten einige zusätzliche Schlüsselwährungen geschaffen werden, wobei es sich nur um „starke“ Währungen handeln kann, wie z. B. die Deutsche Mark, den Schweizer Franken und den französischen Franc. Diese Maßnahme hätte nicht nur zur Folge,

daß die Währungsbehörden dritter Länder Reserven in vier oder fünf Devisen halten könnten, sondern auch, daß die gegenwärtigen zwei Schlüsselwährungsländer Reserven in den Devisen der neuen Schlüsselwährungsländer haben würden. Voraussetzung für diesen Weg der Fortsetzung und Erweiterung der Golddevisenwährung aber wäre ein gewisses Maß an gegenseitigem Vertrauen in die Kredit- und Finanzgebarung der Schlüsselwährungsländer.

Im Zusammenhang mit der Möglichkeit der Kredithilfe zwischen den Zentralnotenbanken der einzelnen Länder existieren mehrere Pläne, u. a. von Per *Jacobsson*, Edward M. *Bernstein* und Xenophon *Zolotas*. Diese Kredithilfe kann entweder erfolgen, indem die hilfsbereite Notenbank Devisen in der hilfsbedürftigen Währung ankauft oder indem die kreditgebende Notenbank der kreditnehmenden Gold oder Forderungen gegen Dritte, insbesondere Devisen in anderen Fremdwährungen oder Forderungen gegen sich selbst zur Verfügung stellt. Es kann aber auch eine Zwischenstelle, etwa der Internationale Währungsfonds, zwischen Kreditgeber und Kreditnehmer eingeschaltet werden.

Auch im Zusammenhang mit der Möglichkeit einer Zentralisierung der Währungsreserven sind eine ganze Reihe von Plänen ausgearbeitet worden, von denen die wichtigsten die von J. M. *Keynes*, R. *Triffin*, M. *Stamp*, A. C. L. *Day*, J. W. *Angell* und R. *Harrod* sind. Sie alle zielen darauf hinaus, eine Art Weltzentralbank zu schaffen und damit die Reservenschöpfungskapazität der Welt zu vervielfachen und die einzelnen Nationalbanken besser für die Erledigung ihrer Aufgaben zu rüsten. Zweck der Zentralisierung der Währungsreserven ist es, eine allmähliche Verminderung des Goldanteils an den wachsenden Gesamtreserven ohne Zusammenbruchgefahr zu ermöglichen.

Die vierte Möglichkeit der Vergrößerung der internationalen Liquidität ist die Reservenschöpfung durch Goldpreiserhöhung. Die Folge wäre eine Aufwertung der bestehenden Goldvorräte der Währungsbehörden und eine wahrscheinlich stärkere Goldproduktion und Goldenthaltung. Eine Goldpreiserhöhung birgt aber auch erhebliche Gefahren in sich. Das Vertrauen in die Stabilität des Goldpreises würde gestört werden (man erwartet evtl. weitere Goldpreiserhöhungen), erneute Goldspekulationen und Goldhortungen können die Folge sein. Dadurch werden die Banken und das internationale Währungssystem erheblichen Belastungen ausgesetzt, die unter Umständen zu heftigen Wirtschaftskrisen führen können.

Die fünfte Lösungsmöglichkeit internationaler Geld- und Wechselkursprobleme wäre die Einführung frei beweglicher Wechselkurse. Während die ersten vier Methoden der Vergrößerung der internationalen Liquidität, also der Auszahlungsfähigkeit der Notenbanken dienen, enthebt die Einführung freier Wechselkurse die Notenbanken der Notwendigkeit, Reserven für Auslandszahlungen zu halten. Die Gleichheit von Eingängen und Auszahlungen wird in diesem Falle durch freie Wechselkursanpassung an die Konstellation von Angebot

und Nachfrage gesichert. Ein sehr beachtenswerter Vorteil dieser Methode ist der, daß es den einzelnen Volkswirtschaften dabei möglich ist, eine autonome Währungs- und Wirtschaftspolitik zu betreiben, ohne dabei Beeinflussungen durch andere Länder ausgesetzt zu sein. Starre Wechselkurse hingegen rufen in dieser Beziehung einen internationalen Gleichschritt hervor.

Da unser augenblickliches System starrer Wechselkurse erhebliche Mängel zeigt, schlägt Machlup daher, um diesen Mängeln möglichst schnell zu begegnen, ein aus starren und freien Kursen gemischtes Wechselkurssystem vor: Feste Kurse zwischen Ländern mit gleichlaufender Kredit- und Finanzpolitik und frei bewegliche Kurse zwischen Ländern mit einer unabhängigen Politik. Wichtig aber wäre es nach Ansicht des Verfassers, bei Einführung freier Wechselkurse Garantien für eine Wertsicherung des Goldes zu schaffen, da das Vertrauen in die Währung noch zu sehr vom Glauben an die Wertstabilität und die Geldfunktion des Goldes abhängig ist. Die klaren, knappen Ausführungen Machlups verdienen aufmerksame Beachtung.

Dieter Pentzek, Berlin

Hans Kasten: Internationale Währungsreserven und Nationale Reservepolitik (Institut für das Kreditwesen, Prof. Dr. Veit, Neue Schriftenfolge.) Frankfurt/Main 1959. Fritz Knapp Verlag. 60 S.

Das Problem der internationalen Währungsreserven und Liquidität hat in den letzten Jahren wiederholt breiten Raum in der wissenschaftlichen und vor allem währungspolitischen Diskussion eingenommen.

Der Autor unternimmt den Versuch, das Problem zu umreißen und einen Beitrag zu seiner Klärung zu leisten. Betrachtungen über Aufgabe, Größe und Verteilung der gegenwärtigen Reserven stehen am Anfang der Untersuchung. Ausführungen über den nationalen Reservebedarf bilden den zweiten Teil. Sieht man von der Aufgabe der nationalen Reserven als Deckung der Inlandsgeldversorgung ab, so haben sie wesentlich die Funktion, als Instrument des internationalen Zahlungsverkehrs zu dienen, d. h. sie werden sich in angemessener Parallelentwicklung zum Volumen des internationalen Handels bewegen und groß genug sein müssen, um in der Lage zu sein, kurzfristige defizitäre Zahlungsbilanzsituationen aufzufangen. Sie können ex definitione nicht ausreichen, strukturelle Defizite auszugleichen.

Teil III und IV befassen sich mit dem Internationalen Währungsfonds und Fragen nationaler Reservepolitik. Kurzfristige Schwankungen ohne Beeinträchtigung des Handels- und Zahlungsverkehrs auszugleichen und Zeit zu nationalen Anpassungsmaßnahmen zu geben, ist der Zweck des Währungsfonds, dessen Reservehilfen hierfür entwickelt worden sind. Diese Reservehilfen sind aber niemals, wie es hier anklingt, selbst Reserven, sondern Verpflichtungen des jeweiligen Mitgliedslandes. Der Währungsfonds dient im internationalen Interesse der Erleichterung und Stärkung nationaler Reserve-

politik, nicht aber kann oder soll er nationale währungs-, wirtschafts- und haushaltspolitische Disziplin ersetzen, auf die es letzten Endes immer ankommen wird.

Wolfgang Jahn, Düsseldorf

Walther Maas: Probleme der Sozialgeographie. Berlin 1961. Duncker & Humblot. 205 S.

Es ist das Verdienst von Walther Maas, die Sozialgeographie als die Lehre von den auf der Erdoberfläche sichtbaren Folgen der Tätigkeit des vergesellschafteten Menschen charakterisiert und ihre Vorstufen bis zur Antike hin verfolgt zu haben.

Die Struktur der Siedlungen läßt sich nicht allein auf den natürlichen Gegebenheiten folgern, vielmehr müssen soziologische Entwicklungsstufen und -richtungen berücksichtigt werden. Die Sozialgeographie ist zwar Teil der Kulturgeographie, jedoch nicht ohne die Geozozoologie voll verständlich. Die „human ecology“ (Anpassung an die Raumelemente) und die eigentliche „social geography“ (Kampf gegen die Umwelt; geographische Verbreitung sozialer Leistungen) finden ihre Parallelen in den kaum von ihnen trennbaren Teilwissenschaften der Regionaltechnik und Technogeographie. Die Naturlandschaften der Erde wurden je nach den technischen Mitteln und je nach der gesellschaftlichen Stufe der als Gruppenwesen wirtschaftenden Menschen in Kulturlandschaften umgewandelt, die, um mit Maas zu sprechen, als Soziallandschaften analysiert werden sollten.

Karl Krüger, Berlin

I. Adelman: Theories of Economic Growth and Development. Stanford 1961. Stanford University Press. 164 S.

Die Gegenüberstellung von Wachstumsmodellen, wie sie im Laufe der ökonomischen Lehrgeschichte entwickelt wurden, kann mit ganz verschiedenen Absichten geschehen. Man wird gewiß zustimmen, wenn in einem bestimmten Entwicklungsstadium der Wirtschaftstheorie eine Bestandsaufnahme durchgeführt wird, wenn also Geschichte von Lehrmeinungen geschrieben wird. Geschieht das noch dazu in der übersichtlichen Form, wie im vorliegenden Buch, so wird man es besonders begrüßen. Die Verfasserin, bereits durch einige Arbeiten auf dem Gebiet der Wachstums- und Entwicklungstheorie bekannt, hat diesen Weg beschritten, wenn sie in Anlehnung an *Haavelmos* „A Study in the Theory of Economic Evolution“ ein formalisiertes Wachstumsmodell formuliert und auf diesem Hintergrund die Theorien des Wirtschaftswachstums von *Smith*, *Ricardo*, *Marx*, *Schumpeter* und des Neokeynesianismus analysiert. Was damit erreicht wird, ist eine übersichtliche Darstellung vor allem älterer Wachstumsmodelle; daneben wird aber auch der Beitrag aufgezeigt, den die Erkenntnisse der klassischen und neoklassischen Nationalökonomie zur heutigen Gestalt der Theorie des Wirtschaftswachstums geleistet haben. Im ganzen liegt hier also eine methodisch sehr geschickte Form der Lehrgeschichte vor. Wäre dies der einzige Anspruch, mit dem das Buch geschrieben worden wäre, so könnte man mit diesem Urteil schließen. Die Verfasserin

glaubt jedoch mit ihrer Darstellung den Nachweis geführt zu haben, daß das allgemeine Wachstumsmodell, dessen lehrgeschichtliche Bausteine sie ausführlich darstellt, nicht nur zur Erklärung der Wachstumsprozesse industrialisierter Volkswirtschaften ausreicht, sondern gleichzeitig auch dazu dienen kann, diejenigen Maßnahmen zu formulieren, die zur Entwicklung bislang unterentwickelter Länder beitragen können. Wenn die Verfasserin diesen Anspruch zunächst einschränkt oder ausschließt (S. 7), so sind die Folgerungen, die im achten Kapitel gezogen werden, weit weniger bescheiden. Modelle sind Gedankenexperimente, tautologisch und ohne empirischen Gehalt, und können daher nicht als Grundlage wirtschaftspolitischer Entscheidungen dienen. Alles, was deshalb aus der lehrgeschichtlichen Gegenüberstellung folgen kann, sind so allgemeine Aussagen, wie sie charakteristisch für das ökonomische Modelldenken über Wachstums- und Entwicklungsprozesse sind: „The phenomenon of underdevelopment must be understood . . . in the context of the entire complex of interrelationships that characterize the economic and social life of the community“ (p. 145). Was im eigentlichen Sinne Wachstumsvorgänge auslösen kann, wie die sozio-kulturellen Bedingungen für wirtschaftliche Entwicklung aussehen, das bleibt in solchen Leerformeln ungesagt, ja mehr noch, es wird der Eindruck hervorgerufen, es brauchte über so allgemeine Sätze hinaus gar nichts ausgesagt zu werden. *McClelland* (*The Achieving Society*) hat den bisher wohl einzigen Ansatz für die Wachstumsforschung aufgezeigt, der den Anspruch erheben darf, zu nachprüfbaren Theoremen zu führen. Erst wenn auf diesem Wege das bloße Modelldenken überwunden wird, wird der gerade auf diesem Gebiet so wichtige Zusammenhang von Theorie, Prognose und Programm erkennbar werden. Das vorliegende Buch wäre ohne den zu weit reichenden Anspruch eine brauchbare lehrgeschichtliche Analyse; so, wie es ist, legt man es jedoch nicht ohne Bedenken aus der Hand.

Gerhard Kade, Berlin

B. F. Hoselitz, J. J. Spengler, J. M. Letiche, E. McKinley, J. Buttrick und H. J. Bruton: Theories of Economic Growth. Glencoe Ill. 1960. The Free Press. 344 p.

A. Pepelasis, L. Mears und I. Adelman: Economic Development — Analysis and Case Studies. New York 1961. Harper & Brothers. 620 p.

Seitdem die Theorien des wirtschaftlichen Wachstums und der langfristigen Entwicklung die kurzfristigen Modelle der Konjunkturanalyse abgelöst oder zumindest überlagert haben, bestand ein Bedürfnis nach einem Gesamtüberblick — nicht in dem Sinne, als hätte die Theorie des Wirtschaftswachstums bereits ihre endgültige Form angenommen, sondern vielmehr in dem Bewußtsein, dem Aspekt der wirtschaftlichen Entwicklung in dem Lehrgebäude älterer Systeme der Nationalökonomie nachzugehen, in denen er nur selten explizite als Erkenntnisziel sichtbar wurde. Damit ist der Zweck des vorliegenden ersten Sammelbandes aber nicht ausreichend skizziert.

Zwar hat etwa die Hälfte der Beiträge eine betontermaßen lehrgeschichtliche Ausrichtung, wenn die Wachstumstheorie der Merkantilisten und Physiokraten (*Spengler*), der klassischen englischen Nationalökonomie (*McKinley*) und speziell *Smith* und *Ricardos* (*Letiche*) sowie J. St. *Mills* (*Spengler*) eingehenden Analysen unterworfen wird; dabei treten eine ganze Reihe von wichtigen Aspekten und Einzeltatsachen der klassischen Entwicklungstheorie zu Tage, die das Hauptziel der Klassiker, die Verteilungstheorie, gerade in den Augen der Nachwelt allzu stark verdeckt hatte. Daneben sind die Untersuchungen über den Beitrag der Neoklassiker zur Entwicklung einer Theorie des Wirtschaftswachstums (*Buttrick*) und die Abhandlung über die Bedeutung der ökonomischen Stufentheorien — vor allem deutsche Historische Schule — zur Erklärung von ökonomischen Entwicklungsphänomenen (*Hoselitz*) hervorzuheben. Daß alle diese Beiträge im Lichte der neueren Wachstumstheorie geschrieben sind, hebt sie über rein lehrgeschichtliche Untersuchungen hinaus und stellt gleichzeitig die Verbindung zu der abschließenden Arbeit von *Bruton* her, in der die Haupttypen der neueren Wirtschaftstheorien kritisch gegenübergestellt werden. Ein solcher Überblick kann gewiß nicht erschöpfend sein; was man jedoch erwartet, ist eine Konfrontierung der hauptsächlichen Denkansätze und Lösungsmethoden. Im großen und ganzen erfüllt *Bruton* diesen Anspruch auch; ein größerer Rahmen und stärkerer Rückgriff auf die mathematischen Methoden der Modellbildung hätten die Übersicht noch verbessern können.

Das eigentliche Kriterium für die Brauchbarkeit der ökonomischen Wachstumstheorie ist ihre Verwendbarkeit für Erklärung und Prognose von langfristigen Entwicklungsprozessen, damit aber gleichzeitig auch für deren Programmierung. Daß die tautologischen Zusammenhänge der Gleichgewichtsmodelle keine Anleitung zur Entwicklungsplanung bieten, ist schon oft betont worden. Der eigentliche Grund hierfür liegt an der mangelnden Berücksichtigung der institutionellen Rahmenbedingungen und an der für die ökonomische Modellbildung charakteristischen Flucht in die *ceteris-paribus*-Klausel. Daß gerade die institutionellen Rahmenbedingungen für die Entwicklungspolitik in nicht-industrialisierten Ländern wesentliche Bedeutung haben, wird immer dann deutlich, wenn der Versuch unternommen wird, die an kapitalistischen, hochindustrialisierten Volkswirtschaften herausgebildeten Wachstumsmodelle für praktische Maßnahmen der Entwicklungspolitik heranzuziehen.

Der vorliegende zweite Sammelband über Fragen der Entwicklungspolitik stellt deshalb eine vorzügliche Ergänzung der theoretischen Darstellung über Entwicklungsländer dar. Im ersten Teil, in dem der Zustand der Entwicklungsbedürftigkeit definiert und Methoden seiner Messung behandelt werden, sind auch die Haupteinflußgrößen der wirtschaftlichen Entwicklung analytisch beschrieben. Hierbei vermißt man allerdings die Parallelen zu dem Instrumentarium der neueren Wachstumstheorie; gerade eine solche Verwertung

der analytischen Instrumente der Wachstumsmodelle hätte eine exakte Ausgangsbasis geschaffen, auf der die überwiegend deskriptiven Analysen des zweiten Teils noch besser hätten fundiert werden können. In diesem zweiten Teil sind zwölf Länderstudien zusammengestellt, die mit großer Sachkenntnis und gestützt auf Originalquellen die Bedingungen und Maßnahmen der wirtschaftlichen Entwicklung in Belgisch Kongo, Uganda, Brasilien, Chile, Mexiko, China, Indien, Indonesien, Türkei, Griechenland, Jugoslawien und Neuseeland beschreiben.

Gerhard Kade, Berlin

Alexander Gerschenkron: Economic Backwardness in Historical Perspective. Cambridge Mass. 1962. The Belknap Press of Harvard University Press. 456 S.

Das vorliegende Buch ist eine Zusammenstellung von vierzehn, teilweise leicht abgeänderten und ergänzten Aufsätzen, die der Verfasser in den Jahren 1951 bis 1961 in verschiedenen internationalen Fachzeitschriften bereits veröffentlicht hat. Erst diese Zusammenfassung zeigt, wie die einzelnen Darstellungen nur Bausteine zur Untermauerung jener Hypothesen sind, die von Gerschenkron 1951 aufgestellt, in den weiteren Arbeiten vertieft und modifiziert und nunmehr in einem Nachwort zusammengefaßt, jede Untersuchung über Ansatzpunkte und Aussichten der Industrialisierung von Entwicklungsländern fruchtbar beeinflussen werden. Der erste und älteste Aufsatz „Economic Backwardness in Historical Perspektive“ gibt dem Sammelband den Namen und führt in die Vorstellungen und Gedanken des Autors über den industriellen Aufstieg alter und neuer Entwicklungsländer ein. Dabei wird versucht, die funktionale Abhängigkeit des Industrialisierungsprozesses vom jeweiligen bereits zu Beginn dieses Prozesses erreichten Entwicklungsstand des betreffenden Landes herauszuarbeiten. Neben der Auseinandersetzung mit ökonomisch-technischen und soziologischen „Voraussetzungen“ einer Industrialisierung, dargestellt an einigen europäischen Staaten des 19. Jahrhunderts, befaßt sich Gerschenkron ausführlich mit den Besonderheiten des in Europa am spätesten einsetzenden Industrialisierungsprozesses in Rußland und seiner Verstärkung unter dem Sowjetregime. Wachstum und Produktionsausstoß der sowjetischen Industrie seit Beginn des stalinistischen Industrialisierungsprogrammes erfahren eine ebenso eingehende Analyse wie der sowjetische Industriebetrieb und seine Stellung in der sozialistischen Wirtschaftspolitik. In einem weiteren Beitrag wird eine im allgemeinen vernachlässigte Quelle der Unterrichtung über eine bestimmte Wirtschaftssituation erschlossen: die Literatur. Der Autor ist sich bewußt, daß dieser Weg nicht zu jeder Zeit oder in jedem Land gangbar ist, für die sowjetische Gegenwart demonstriert er jedoch anschaulich, welche Kritik an der aktuellen Wirtschaftslage hier in literarischer Verkleidung laut wird, welche Aussagen über den Alltag des Menschen in der Sowjetwirtschaft zur Beurteilung der Wirtschaftsent-

wicklung gewonnen werden können. Diesem Ziel dient nicht zuletzt eine von großem Einfühlungsvermögen getragene Auseinandersetzung mit Pasternaks „Dr. Schiwago“, in der Gerschenkron mit einer weit über den ökonomischen Bereich hinausragenden Belesenheit brilliert.

Die Analyse der Hintergründe, des zeitlich oft auseinanderliegenden Beginns und der unterschiedlichen Geschwindigkeit des Industrialisierungsprozesses in den europäischen Entwicklungsländern des 19. Jahrhunderts wird schließlich zu einer einheitlichen Untersuchungsmethode zusammengefaßt. Ausgehend von den jeweiligen ökonomisch-soziologischen Gegebenheiten am Beginn des industriellen Aufstiegs eines Landes, stellt Gerschenkron bestimmte Regeln auf, mit deren Hilfe der Industrialisierungsprozeß als „schematisch stufengleicher Prozeß“ beschrieben werden kann, je nach dem Grade einer mehr oder minder „fortgeschrittenen Ausgangssituation“. Die Berücksichtigung dieser unterschiedlichen Ausgangslage läßt den Ablauf des Geschehens nicht als regelmäßige Wiederholung derselben Vorgänge von Land zu Land erklären: Der Ansicht, alle Länder müßten auf dem Weg zum wirtschaftlichen Wohlstand dieselben „Stufen“ durchlaufen, wobei eine Stufe der anderen immer dann folge, wenn bestimmte Voraussetzungen erfüllt sind, und insbesondere der Gefahr, bestimmte Voraussetzungen beim Beginn des Industrialisierungsprozesses eines fortgeschrittenen Landes als notwendige Vorbedingungen für die Entwicklung eines weiter zurückgebliebenen Landes anzusehen, wird mit wohldurchdachten Argumenten begegnet. Die Untersuchung des Entwicklungsstandes einiger europäischer Länder bei ihrem „großen Sprung“ nach vorne, bietet reichlich Anhaltspunkte für diese Aussage des Verfassers, der mit dem vorliegenden Werk die Diskussion über Industrialisierung und Wachstumschancen der Entwicklungsländer sicher bereichert, wie dies schon Rostow mit seiner keineswegs kritiklos hingenommenen Stufenlehre getan hat.

Reichliches statistisches Material, verbunden mit einer ausführlichen Kritik seiner Gewinnung und seines Wertes stehen dem Leser im Anhang zur Verfügung. Immer wieder weist der Verfasser auf die Problematik der Indexzahlen hin, die gerade bei so langfristig vergleichenden Betrachtungen, wie sie der Wirtschaftshistoriker anstellt, an Bedeutung gewinnt.

Harald Winkel, Mainz

Willem Brand: The struggle for a higher standard of living — The problem of the underdeveloped countries. Glencoe/Ill. 1958. The Free Press. Den Haag und Bandung 1958. W. van Hoeve Ltd. 438 S.

Das vorliegende Buch ist im wesentlichen eine Übersetzung einer schon vor einigen Jahren in holländischer Sprache veröffentlichten Studie. Der Verfasser, als Sekretariatsmitglied der Vereinten Nationen viele Jahre mit Problemen der unterentwickelten Länder befaßt, erscheint für seine Aufgabe besonders qualifiziert. Der grund-

sätzliche Charakter der Studie macht den Umstand, daß die Veröffentlichung der ursprünglichen Fassung schon verhältnismäßig lange zurückliegt, unerheblich, hat sich doch trotz mancher Wandlung der Auffassungen und gewisser materieller Fortschritte an der grundsätzlichen Problematik einerseits und den heute möglichen Antworten andererseits wenig geändert.

Von einer knappen Erörterung des Wesens wirtschaftlicher Entwicklung ausgehend, gibt der Verfasser zunächst eine qualitative Analyse der Ungleichheiten in der internationalen Einkommensverteilung, die trotz absoluter Verbesserungen in vielen Entwicklungsländern von Jahr zu Jahr zugenommen haben. Sie beruhen auf entscheidenden Produktivitätsdifferenzen der Produktionsfaktoren Boden, Kapital und Arbeit und darüber hinaus des Faktors Führung und Organisation zwischen den Industriestaaten und dem Rest der Welt, deren Untersuchung Teil I des Werkes gewidmet ist. In Teil II und III folgt die Behandlung der finanziellen Entwicklungsprobleme.

Alle Entwicklungsländer sind ausschließlich oder überwiegend Agrarländer. Die Mängel der Landwirtschaft, ihre geringe Produktivität, die Knappheit guter Böden, verfehlte Sozialstrukturen sind einige der Hauptprobleme, die dem Fortschritt entgegenstehen, der um so dringlicher ist, als die Bevölkerung in vielen Teilen der Welt rasch wächst und etwaige bescheidene Zuwachsraten absorbiert.

Kapitalmangel gilt als zentrales Kriterium der Entwicklungsländer. Die Kapitalbereitstellung ist tatsächlich ohne Zweifel unzulänglich, hingegen — wie Brand darlegt — keineswegs ganz unbedeutend, doch wird das verfügbare Kapital vielfach verfehlt investiert, zum anderen ist die Kapitalmenge, die zur Erreichung eines bestimmten Fortschritts erforderlich ist, in den Entwicklungsländern relativ viel größer als in den Industriestaaten. Wertvoll in diesem Zusammenhang ist Brands Auseinandersetzung mit dem Argument, daß die große freie Arbeitskapazität der Entwicklungsländer eine nutzbare Kapitalreserve sei. Sie ist es nur potentiell, denn gerade ihre Aktivierung stößt auf große Schwierigkeiten, wie mehr und bessere Ernährung, Unterbringung, Transportfragen usw.

Bevölkerungswachstum, Problem der Heranbildung qualifizierter Arbeitskräfte aus einer primitiven Landbevölkerung sind einige wichtige Punkte des folgenden Abschnitts.

Dem Studierenden der Entwicklungsländer will scheinen, daß der nächste Abschnitt „Leadership and Environment“ überhaupt die Kernfrage aller Entwicklungspolitik erfaßt, und diese ist nur partiell ökonomischer Natur. Die Kräfte, die im Westen in immerwährender Wechselwirkung zur Überwindung alter Sozialstrukturen und Traditionen und zur Heranbildung der modernen Industriegesellschaft mit all ihren Institutionen geführt haben, sind bisher in den unterentwickelten Ländern nicht wirksam geworden, wenn es sie überhaupt gibt. Entwicklungspläne, von westlichen Fachleuten entworfen, bleiben unausgeführt, nicht weil sie sachlich unbrauchbar wären, sondern weil

sie an den sozialen und menschlichen Problemen vorbeigehen, deren Lösung nur in einem langwierigen Erziehungs- und Umgestaltungsprozeß möglich sein wird. Unter diesem Blickwinkel müssen die eigentlichen ökonomischen Fragen gesehen werden, denen sich der Autor in den folgenden Abschnitten widmet.

Wirtschaftlicher Fortschritt ist stets in erster Linie von den Anstrengungen der Nationen selbst abhängig. Fremde Hilfe kann, so wichtig sie sein mag, nur zusätzlich wirksam werden. Offensichtlich muß in einem Entwicklungsland ein möglichst hoher Anteil des Volkseinkommens Investitionen zugeführt werden. Der Konsum muß bei steigendem Einkommen also, wenn nicht reduziert, so doch auf einen relativ rückläufigen Anteil beschränkt werden. Gerade dies ist unendlich schwierig. Einmal ist der Konsum ohnehin sehr niedrig und drängt auf Erhöhung, zum anderen ist für eine solche Steuerung eine intelligente und schlagkräftige Finanzpolitik und sinnvolle Regierungsplanung wesentliche, schwer zu erfüllende Voraussetzung. Das private Kapital wird überdies, wie erwähnt, vielfach fehlinvestiert, während die öffentlichen Investitionen aus Mangel an Staatseinnahmen und Fehlplanung weit hinter dem Notwendigen zurückbleiben.

Eingehend widmet sich Brand der Bedeutung des internationalen Handels für die Entwicklungsländer. Schwankende Rohstoffpreise, insgesamt ungünstige terms of trade verhindern die Erzielung eines nachhaltigen volkswirtschaftlichen Nutzens aus dem Welthandel. Industrialisierung der rückständigen Gebiete unter dem Schutz von Zöllen und Importverboten und liberale Importpolitik seitens der Industriestaaten sowie ein erhöhtes Handelsvolumen zwischen den Entwicklungsländern sind ganz gewiß die gesündeste Konzeption. Wie schwierig ihre Praktizierung sein würde, liegt auf der Hand.

Dem Problem der Inflation, das mit stärkerer wirtschaftlicher Expansion fast unvermeidlich auftritt, sind weitere ausführliche Abschnitte gewidmet. Finanzielle Stabilität zu erhalten, ist zwar ganz gewiß dringend geboten, aber bis heute nirgends erreicht, und es gibt wohl auch keine zugleich ökonomisch gültige und politisch praktikable Antwort darauf.

Im letzten Abschnitt schließlich schildert der Autor die Bereitstellung ausländischen Kapitals für die Entwicklungsländer. Vor 1914 vollzogen sich Auslandsinvestitionen vorwiegend durch Übernahme von Wertpapieren, heute sind Direktinvestitionen die Regel. Diese beschränken sich vorwiegend auf den Bereich der Rohstoffherzeugung, der wenig zum Aufbau der Entwicklungsländer beiträgt. Politische Unstabilität, mangelhafte Erfüllung von Auslandsverbindlichkeiten, Enteignungen, kurz der ganze Verfall der internationalen Finanzmoral während der letzten Jahrzehnte machen die Hoffnung auf Wiedereinsetzen großzügiger ausländischer Privatinvestitionen vorerst ziemlich illusorisch, es sei denn, die Industrieländer nähmen den Investoren durch Steuervergünstigungen oder Investitions-Versiche-

rungen das Risiko weitgehend ab, wodurch die Investitionen ihren Charakter völlig verändern und zu quasi-öffentlichen Investitionen würden. Öffentliche Investitionen stehen denn auch im Vordergrund aller Entwicklungsarbeit der Gegenwart, modellbildend hierfür vor allem die Weltbank. Der besondere Vorzug des Buches liegt in der systematischen, fast lehrbuchmäßigen Darstellung der Probleme, wobei zugleich die gesamte Fachliteratur kritisch und vergleichend ausgewertet ist, so daß diese Arbeit dem am Studium der grundlegenden Entwicklungsprobleme Interessierten sehr empfohlen werden kann.

Wolfgang Jahn, Düsseldorf

Tibor Mende: Die dritten Mächte. Der Westen und die Entwicklungsländer. Düsseldorf-Köln 1959. Eugen Diederichs-Verlag. 204 S.

Es ist ein düsteres Bild, das der scharfsinnige Journalist Tibor Mende entwirft, aber es kann uns anregen, unsere Entwicklungsförderungsmaßnahmen, die wir oft und gern in einem allzu rosigen Licht sehen, neu und vor allem kritisch zu durchdenken. Mende geht davon aus, daß sich Großmächte heute offenbar nur in der nördlich gemäßigten Zone, also zwischen dem 30. und 60. Breitengrad, entwickeln können. In dieser Zone legt sich aber rings um den Erdball ein geschlossener Ring von Großmächten: USA, Westeuropa, Sowjetrußland, China und Japan. Eine Verschiebung in diesen Machtbereichen ist unwahrscheinlich. Um so mehr wenden sich diese fünf Mächte deshalb nach außen und suchen unter den jungen Ländern Anhängerschaft.

Trotz des Einsatzes bedeutender finanzieller Mittel, die diejenigen des Ostblocks um ein Vielfaches übertreffen, hat es der Westen aber nicht verstanden, in den Entwicklungsländern Fuß zu fassen. Mende führt dies darauf zurück, daß die programmatische Idee, die nötig ist, Einfluß zu gewinnen, auf Seiten des Ostblocks für die Entwicklungsländer ansprechender zu sein scheint. Sowohl Sowjetrußland als auch China mit ihren zweifellos großen wirtschaftlichen Erfolgen, die allerdings unter unsagbaren Opfern errungen wurden, dienen ihnen als Vorbild. Hinzu kommt, daß es bis jetzt nicht möglich war, den *circulus vitiosus* der Armut zu durchbrechen, denn der Abstand zwischen dem Lebensstandard der reichen und der armen Völker hat sich seit dem Einsatz der Entwicklungsförderung nicht etwa verringert, sondern sogar vergrößert; allerdings nicht zuletzt durch den enormen Bevölkerungszuwachs dieser Länder. So scheint die *Marxsche* Prophezie, nach der der steigende Wohlstand zu einer Verarmung der breiten Masse führt, die sich im nationalen Rahmen als falsch erwies, auf der breiten Ebene der Völker eine späte Bestätigung zu finden.

Mende weist auch auf die Widersprüche hin, die der westlichen Entwicklungshilfe innewohnen: einerseits gibt man Darlehen und Geschenke als Entwicklungshilfe, andererseits ist man nicht bereit, durch langfristige Abnahmeverträge den Entwicklungsländern, die ja oft Monokulturen sind, konstante Preise zu garantieren, so daß diese

durch einen Preisverfall auf dem Weltrohstoffmarkt mehr verlieren, als ihnen je an Hilfe zufließt.

Der Originaltitel des im Jahre 1958 erschienen Buches heißt „Entre la peur et l'espoir“. Es ist nicht einzusehen, was den Verlag bewogen hat, diesen Titel zu ändern, denn Furcht und Hoffnung durchziehen das ganze Buch, wenn auch der Funken Hoffnung kaum wahrnehmbar glimmt, während das Feuer Furcht hell, vielleicht zu hell, lodert.

Paul Walter Conzelmann, Troisdorf

Abolfazl Adli: Außenhandel und Außenwirtschaftspolitik des Iran. (Volkswirtschaftliche Schriften, herausgegeben von J. Broermann, Heft 51.) Berlin 1960. Duncker & Humblot. 314 S.

Diese von Karl *Thalheim* betreute Buchpublikation wird in Deutschland dankbare Aufnahme finden, da hier nach dem Kriege über den iranischen Außenhandel nur kurze Artikel und Mitteilungen in Zeitungen und Zeitschriften erschienen sind. Überdies hält das Buch mehr, als sein Titel verspricht: Zwar zeichnet der Verfasser — geht man von der Disposition der Schrift aus — ein lückenloses Bild von der Entwicklung des Außenhandels des Iran, wobei vier Abschnitte unterschieden werden, nämlich die erste Periode bis zur Errichtung des Außenhandelsmonopols 1931, die zweite (durch zunehmende staatliche Interventionen gekennzeichnete) Phase bis zum Ausbruch des zweiten Weltkrieges, die dritte bis zum Ende der Feindseligkeiten 1945 und die vierte, die noch das erste Halbjahr 1959 einschließt; doch gibt der Autor — besonders für die Zeit nach 1945 — eine anschauliche Darstellung der Grundlagen und der allgemeineren Entwicklungszüge der iranischen Volkswirtschaft unter Hervorhebung der Nachkriegsinflation und der Verstaatlichung der Ölindustrie, die von den „antiimperialistischen Bestrebungen im Iran gegen die Politik des friedlichen Eindringens der europäischen Kolonialmächte bewirkt“ wurde (S. 95). Neben den nach Ländern gegliederten Kapiteln über die auswärtige Kapitalverflechtung des Iran und die mit seinen elf wichtigsten Partnern geschlossenen Handelsverträge sowie über die institutionellen Daten der iranischen Außenwirtschaft verdienen die sorgfältigen Handels- und Zahlungsbilanzanalysen Beachtung und Lob. Im Resultat empfiehlt der Autor „in der heutigen politischen Situation des Iran die Abschaffung des Außenhandelsmonopols. Außerdem müßte eine gründliche Reorganisation des Wirtschaftsapparates und eine Neugestaltung der Finanzgesetzgebung vorgenommen werden. Dadurch könnte der bestehenden Inflation und der Spekulation entgegengetreten werden, zugleich würden damit das Gleichgewicht des Haushaltsplanes und die Erhöhung des Beschäftigungsvolumens gefördert und auf diese Weise günstige Bedingungen für eine Industrialisierung des Landes und eine Erhöhung des Volkseinkommens geschaffen“ (S. 290 f.). Eindruck macht die Zivilcourage, mit der *Adli* die Misere der Sippen- und Cliquenwirtschaft der „mille familles“ vor den Toren des Sowjetkommunismus bloßstellt (vor allem S. 171 ff.).

Antonio Montaner, Mainz

Heinrich Bechtoldt: Indien oder China. Die Alternative in Asien. Stuttgart 1961. Deutsche Verlags-Anstalt. 332 S.

Es kommt nicht von ungefähr, daß *Heinrich Bechtoldt* ein politisches Buch schreibt: Er ist Herausgeber und Chefredakteur der Zeitschrift „Außenpolitik“. „Indien oder China“ geht aber weit über den eigentlichen Rahmen eines politischen Buches hinaus; der engen Verflechtung von Politik und Wirtschaft, die wir in jedem Staatswesen erkennen können, wird bei diesen beiden Ländern in vielen Details nachgegangen, ohne daß dabei je die große Linie verlassen wird. Persönliche Reisen, viele Gespräche und das Studium der erreichbaren Quellen ermöglichten es *Bechtoldt*, eine in sich geschlossene Arbeit vorzulegen, deren Aktualität sich täglich dokumentiert.

Die beiden großen Mächte des Ostens sahen sich nach dem Ende des 2. Weltkriegs vor dieselben großen Aufgaben gestellt: ihre Menschenmassen zu einen, zu führen und sie zu ernähren. Sie gingen aber ganz verschiedene Wege. Indien bezieht England in seine Vergangenheit ein und geht den von seiner meist in England erzogenen, gleichwohl geistig unabhängigen Führungsschicht mit Ministerpräsident Nehru an der Spitze als richtig erkannten Weg einer parlamentarischen Demokratie. China hingegen verleugnet den Einfluß der europäischen Mächte während des kolonialistischen Zeitalters und verschreibt sich ganz den Grundsätzen kommunistischer Diktatur. Die Zukunft wird zeigen, welcher der beiden Wege zu größerem Fortschritt und größerem Glück führt; der chinesische Kommunismus fordert zu einem Wettbewerb der Entwicklungsmethoden geradezu heraus. Indien kann nur dann zum Leitbild für die jungen, unabhängigen Nationen werden, wenn sich die freie gesellschaftliche Ordnung auch im wirtschaftlichen Fortschritt bestätigt.

Bechtoldt stellt die wichtigsten gesellschaftlichen, politischen und soziologischen Phänomene der beiden Länder in je zwei zusammengehörenden Kapiteln gegenüber: ihre Führungsschicht und die Partei; ihre Schwierigkeiten mit einer gemeinsamen, für alle Einwohner in Wort und Schrift erlernbaren Sprache; die Möglichkeiten der indischen Genossenschaften und das Wagnis der chinesischen Volkskommunen; die Planwirtschaft Indiens — denn auf sie kann auch dort nicht verzichtet werden, aber sie läßt immerhin dem privaten Unternehmertum und seiner Initiative auch in den 5-Jahres-Plänen Spielraum — und die chinesische Planwirtschaft, die den privaten Besitz vollständig ausschaltet; den Nehru-Sozialismus und den Mao-Sozialismus, der sich immer mehr einem Radikalismus — auch nach außen hin — zuzuwenden scheint. Das Buch gipfelt schließlich in der Schilderung des Zusammenstoßes der beiden Mächte im Himalaya längs der MacMahon-Linie. Nunmehr sind die beiden Länder nicht nur politische, sondern auch militärische Nachbarn geworden; sie wurden sogar zu ideologischen Gegnern. Die im Tibet-Vertrag 1954 niedergelegten fünf Prinzipien der Koexistenz (1. gegenseitige Respektierung der territorialen Integrität und Souveränität, 2. Verzicht auf Aggression, 3. Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten des anderen,

4. Gleichberechtigung und gegenseitiger Nutzen, 5. friedliche Koexistenz) scheinen weggewischt zu sein. Zu früh ist der chinesische Sozialismus der Versuchung erlegen, statt durch Vorbildlichkeit durch Macht zu repräsentieren.

Bechtoldt kann in seinem Buch kein fertiges Rezept liefern, wie man in diesem großen Wettbewerb zwischen zwei Mächten, die auf dem Wege sind, Weltmächte zu werden, die aber durch ihr Beispiel heute schon als solche wirken, Indien in eine so gute Ausgangsposition bringen könnte, daß es schließlich den Lorbeer davonträgt. Aber vielleicht ist der Schritt Chinas zum Radikalismus nach außen für die freie westliche Welt eine Unterstützung, ihren hoffentlich verstärkt einsetzenden Entwicklungsförderungsmaßnahmen in Indien zum Erfolg zu verhelfen.

Paul Walter Conzelmann, Troisdorf

Franz Josef Hinkelammert: Der Wachstumsprozeß in der Sowjetwirtschaft. Eine Untersuchung der Produktionsstruktur, des Lenkungsprozesses und des Volkseinkommens. (Osteuropa-Institut an der Freien Universität Berlin, Wirtschaftswissenschaftliche Veröffentlichungen Band 15.) Berlin 1961. In Kommission bei Duncker & Humblot. 114 S.

Diese verdienstvolle und methodisch saubere Arbeit ist auf Anregung des Herausgebers Karl C. *Thalheim* entstanden und zeigt deutlich, wie man das sowjetische Wirtschaftssystem mit dem Denk- und Begriffsapparat der „kapitalistischen“ Wirtschaft nicht erfassen kann. Sie ergänzt daher die Untersuchungen der Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften (Verein für Socialpolitik), die den Band 23 der Gesellschaftsschriften umfassen. Das Wachstum der sowjetischen Wirtschaft ist ideologisch begründet. Das eine Ziel ist, die alten Industrieländer, vor allem die USA in ihrem Wachstum einzuholen und zu überholen, um damit die Überlegenheit des sowjetischen Wirtschaftssystems zu beweisen. Das zweite Ziel ist, einen solchen Produktionsapparat aufzubauen, der einen Überfluß an Gütern liefert und es dann gestattet, zum kommunistischen Verteilungssystem „nach den Bedürfnissen“ überzugehen. Beides soll nach den Lehren *Lenins* durch den schwerpunktmäßigen Aufbau der schweren Industrie erreicht werden. Die sowjetische Wirtschaft ist also keine Gleichgewichts-, sondern eine Schwerpunktwirtschaft. Damit aber ist die sowjetische Zentralverwaltungswirtschaft von einem anderen „Zeithorizont“ beherrscht als die Marktwirtschaft, da Endgüterproduktion, also die Erzeugung von Konsumgütern, auf einem bestimmten Niveau stagniert, während in der Marktwirtschaft die Wachstumsraten von Investition und Konsumtion sich in unmittelbarer Aufeinanderfolge erhöhen. Das ist natürlich nur möglich in einem zentralen Verwaltungssystem sowjetischer Prägung, in dem die Investitionen aus Staatsmitteln laufend finanziert werden. Das Problem, das sich dem Verfasser stellt, ist, inwieweit dadurch die sowjetische Produktionsstruktur und das Lenkungssystem beeinflusst

wird, und wie sich die sowjetische Wissenschaft dazu gestellt hat. Das Ergebnis des analysierten Wachstumsprozesses ist das Volkseinkommen, wobei die Methoden zu seiner Berechnung kritisch untersucht werden, und die Frage aufgeworfen wird, inwieweit die Ergebnisse des Wirtschaftsprozesses, der unter marktwirtschaftlichen Voraussetzungen vor sich geht, mit dem der sowjetischen Wirtschaft verglichen werden können. Da in der vorliegenden Literatur die theoretischen Probleme des Wirtschaftswachstums im sowjetischen Wirtschaftssystem bisher stiefmütterlich behandelt worden sind, ist die Untersuchung Hinkelammerts durchaus geeignet, diese Lücke mit auszufüllen.

W. M. Frhr. v. Bissing, Berlin

Karl C. Thalheim: Grundzüge des sowjetischen Wirtschaftssystems. Abhandlungen des Bundesinstituts zur Erforschung des Marxismus-Leninismus (Institut für Sowjetologie), Bd. I. Köln 1962. Verlag für Wissenschaft und Politik. 176 S.

In den letzten Jahren sind mehrere Untersuchungen über das sowjetische Wirtschaftssystem als Ganzes erschienen, wie z. B. die Forschungen der Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften (Verein für Socialpolitik) und die Arbeit von Alec Nove „The Soviet Economy“. Ihnen folgt das Buch von Thalheim. Die Notwendigkeit solcher Untersuchungen steht wohl außer Frage. Thalheim weist deshalb darauf hin, wie sich das sowjetische Wirtschaftssystem nicht nur in Europa, sondern auch in Asien ausgebreitet hat, und wie es auf die verschiedenen Entwicklungsländer in Asien und Afrika eine beinahe faszinierende Wirkung ausübt. Die Ereignisse in Kuba zeigen uns jetzt, wie es auch in die amerikanische Welt einzudringen bestrebt ist. Demgegenüber hat die westliche Wissenschaft teils den Standpunkt einer nur rein negativen Beurteilung eingenommen, die durch die Tatsachen keineswegs gerechtfertigt ist, teils überschätzt man im Westen die Wachstumsmöglichkeiten der sowjetischen Wirtschaft, ohne genügend die realen Mängel und Funktionsschwierigkeiten des Systems zu beachten. Man sieht in ihnen nur vorübergehende „Kinderkrankheiten“. Endlich meint man, daß die beiden in der Welt heute vorhandenen Wirtschaftssysteme sich auf einander hin entwickelten, so daß ihre Unterschiede immer geringer würden. Demgegenüber will Thalheim die Tatsachen darstellen und sehen, wie sie in der Wirklichkeit sind. Er legt also eine wissenschaftlich einwandfrei fundierte Untersuchung vor. Das sind zwar die Arbeiten der Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften und von Alec Nove auch. Beide wenden sich jedoch in erster Linie an solche Leser, die auf dem Gebiet der Volkswirtschaft über theoretische Kenntnisse verfügen. Thalheim dagegen will „einen breiteren Kreis interessierter aber nicht unbedingt fachlich vorgebildeter Leser“ ansprechen, denen er eine auf das Wesentliche sich beschränkende Darstellung bietet. Er verzichtet dabei bewußt darauf, solche Fragen zu behandeln, zu deren Verständnis Fachkenntnisse unentbehrlich sind, wie z. B. die schwie-

rigen Probleme des Ausgleichs der Zahlungsbilanz zwischen Volkswirtschaften sowjetischen Typs und zwischen diesen und marktwirtschaftlich organisierten Volkswirtschaften des Westens. Wenn der Verfasser also „gemeinverständlich“ schreiben will, so bleibt seine gründliche Untersuchung immer im Rahmen wissenschaftlicher Objektivität. Thalheim ist nie oberflächlich oder billig populär. Seine klare, übersichtliche und fesselnd geschriebene Darstellung führt den Leser in die entscheidenden Probleme des sowjetischen Wirtschaftssystems ein, und das umfangreiche Literaturverzeichnis gibt dem, der tiefer in die Problematik einzudringen wünscht, ausgezeichnete Hinweise dazu.

Wenn Thalheim sich an einen breiten Kreis interessierter aber nicht unbedingt fachlich vorgebildeter Leser wendet, so bedeutet das keineswegs, daß sein Buch dem Studierenden und dem Wissenschaftler nichts oder nur wenig zu bieten hätte. Im Gegenteil. Der Studierende wird über die theoretisch und praktisch folgeschweren Abweichungen von den Lehren des klassischen Marxismus, wie sie von Lenin und Stalin vorgenommen worden sind, unterrichtet, und er wird weiter in die auch heute noch für das Verständnis des sowjetischen Wirtschaftssystems bedeutsamen Auseinandersetzungen zwischen *Stalin*, *Bucharin* und *Trotzki* eingeführt. Der Wissenschaftler endlich, der sich mit den Problemen der sowjetischen Wirtschaft befaßt, wird aus den Kapiteln über die Planung, über das sowjetische Wirtschaftspotential und seine Wachstumschancen sowie über die Entwicklungstendenzen des sowjetischen Wirtschaftssystems eine Fülle von Stoff und Anregungen entnehmen, zumal Thalheim sich hier mit manchen in der wissenschaftlichen Literatur entstandenen schiefen Auffassungen kritisch auseinandersetzt. Gerade diese kritischen Auseinandersetzungen machen das Thalheimsche Buch zu einem wertvollen und notwendigen Bestandteil der deutschen wissenschaftlichen Literatur über das sowjetische Wirtschaftssystem.

W. M. Frhr. v. Bissing, Berlin

Heinrich Rittershausen: Die Zentralnotenbank. Ein Handbuch ihrer Instrumente und ihrer Politik. Frankfurt/Main 1962. Fritz Knapp Verlag. 820 S.

Eine äußerst umfangreiche, aber im großen und ganzen gute und sehr seriöse Untersuchung, bei der vielleicht das Pragmatische gegenüber den rein theoretischen und strukturellen Problemen etwas zu stark in den Vordergrund tritt. Auch ist vielfach eine Vermengung von betriebswirtschaftlicher und volkswirtschaftlicher Betrachtung gegeben, die allerdings nicht nur das Buch für den Betriebswirtschaftler leichter lesbar und verständlicher macht, sondern auch dem Geiste der Integration des gesamten Kreditwesens, wie er heute in der Literatur — und nicht nur in der Literatur — zum Ausdruck kommt, entspricht.

Das Buch ist äußerst global gehalten und geht sogar mehrfach auf eher am Rande liegende Themen, wie zum Beispiel auf die Indexrechnung ein, was jedoch dem Buch als solchem auch genützt hat. Von

sehr vielen anderen Büchern anderer Autoren dieser Zeit unterscheidet sich dieses Buch sehr wohltuend durch eine sehr gründliche Literaturkenntnis und eine gute Literatúrauswahl aus. Es wird jedem, der sich mit Geld-, Bank- und Börsenwesen beschäftigt, und vielleicht noch mehr dem Betriebswirtschaftler als dem Volkswirtschaftler, gute Dienste leisten und stellt dem Verfasser ein schönes Zeugnis nicht nur als Bankfachmann, sondern auch als Pädagogen aus.

Richard Kerschagl, Wien

Hanns Linhardt: Bankbetriebslehre. Band II: Bankbilanzen. Köln und Opladen 1960. Westdeutscher Verlag. 349 S.

Hatte sich der erste 1957 erschienene Band des Werkes (s. Besprechung Schmollers Jahrbuch, 80. Jg., 4. Heft) der Darstellung und Analyse des Bankbetriebes und der Bankpolitik gewidmet, so finden wir jetzt eine umfangreiche Erörterung der Bankbilanzen sowohl der Notenbanken als auch der Geschäfts- und Spezialbanken des In- und Auslandes.

In den beiden ersten Abschnitten sind Wesen und Inhalt, Grundlagen und Auswertung der Bilanzen dargestellt.

Aus einer trefflichen Wesens- und Standortbestimmung des Bankgeschäftes in der Volkswirtschaft ergibt sich wie von selbst die Struktur der Bankbilanz im Prinzip und in ihren Varianten je nach Banktyp, klärt sich ihre Aussagefähigkeit und ihre Begrenzung.

Diesen grundsätzlichen Betrachtungen folgen Untersuchungen des Zahlenwerkes der Banken im einzelnen, einschließlich des Ausweises der Notenbanken. Wenn man sich der Mühe unterzieht, die reichlichen und gut ausgewählten Zahlenbeispiele mit ihren Erläuterungen genau zu studieren, so werden universell gültige Strukturprinzipien systematisch sichtbar, doch würde man sich ein wenig mehr praktische Kritik der Bilanzierungsgrundsätze und des Aufbaues der Bilanzen wünschen. Es würde z. B. interessieren, was der Fachgelehrte von der für die Geschäftsbankenbilanzen in Deutschland vorgeschriebenen Unterscheidung zwischen Bankeinlagen und Nostroverpflichtungen, die in der Praxis wichtige Folgen hat, hält.

Bilanzvorschriften und Bilanzpolitik, Bilanzprüfung sowie die Auswertung der Bilanz bilden den Inhalt der folgenden Kapitel.

Der interessanteste und wohl auch originellste Teil des Buches sind die Abhandlungen über die Bilanzveränderungen in der Zeit, über Konjunkturzyklen und über säkulare Perioden.

Hier werden zunächst die eigentümlichen Zusammenhänge und Wechselwirkungen zwischen den Veränderungen der Bilanzen und ihren einzelnen Positionen einerseits und den Bewegungen der Wirtschaft innerhalb des Jahres oder jedenfalls kürzerer Zeitabschnitte andererseits analysiert und an Hand von aufschlußreichen Beispielen erläutert. Die gewonnenen Erkenntnisse werden zugleich zu einer Kritik der deutschen Nachkriegsbankpolitik verdichtet, die nur allzu berechtigt ist, wenn man etwa an das Volumen der langfristigen Ausleihungen, an die Kapitalverhältnisse der Banken und vieles mehr

denkt. Was in den 50er Jahren allgemein üblich war, scheint nun allerdings mehr und mehr korrigiert zu werden.

Inwieweit die Banken im Konjunkturverlauf einmal stimulierend und dann wieder krisenverschärfend wirken oder wirken können, dabei aber zugleich abhängig von diesem Konjunkturverlauf sind, wird im folgenden Kapitel erhellt. Dabei ist besonders Verhalten und mögliche Aktivität der Zentralbanken bedeutsam. Überzeugend weist der Autor entgegen vielen zeitgenössischen Äußerungen nach, daß Diskontpolitik, konsequent gehandhabt, auch bei freier Konvertierbarkeit ihren Sinn nicht verloren hat, sondern noch immer ein entscheidender Teil des Zentralbankeninstrumentariums ist.

Im letzten Abschnitt schließlich wird die säkulare Entwicklung der Bankbilanzen betrachtet. Man kann gewisse ökonomische Trends, Gewohnheitsänderungen und allgemeine Wirtschaftsentwicklungen aus der langfristigen Entwicklung der einzelnen Bilanzpositionen und ihren Verschiebungen untereinander ablesen. Es läßt sich an den Bilanzen tatsächlich in hohem Maße die Geschichte der Bankwirtschaft und schließlich sogar die allgemeine Wirtschaftsgeschichte erkennen, wirklich verstehen allerdings doch nur dann, wenn man die politische und institutionelle Geschichte der Wirtschaft auch außerhalb des Bankwesens kennt.

Die Arbeit Linhardts ist kein Lehrbuch und will es wohl auch nicht sein. Seine gerechte Würdigung und, was noch wichtiger ist, sein Verständnis setzt wie schon beim ersten Band, umfassende theoretische und praktische Kenntnisse des Bankwesens voraus. Dann allerdings bietet es reichlich Anregungen, eröffnet es Perspektiven und klärt in oft überraschendem Maße eine Fülle von Zusammenhängen.

Wolfgang Jahn, Düsseldorf

Clyde William Phelps: Commercial Credit Insurance as a Management Tool. (Studies in Commercial Financing, No. 3.) Baltimore 1961. Educational Division, Commercial Credit Company. VII, 111 S.

Die Schrift ist auf Veranlassung der Commercial Credit Corp., Baltimore, verfaßt worden. Sie erscheint in einer von dieser herausgegebenen Serie des gleichen Verfassers. Die Gesellschaft pflegt neben anderen Versicherungs- und Finanzierungszweigen die Versicherung des Lieferantenkredits (zum Unterschied vom Bank-, Konsumenten- und Exportkredit); diese ist auch in den USA noch nicht sehr verbreitet.

Der Inhalt der Schrift befaßt sich weder mit der historischen Entwicklung noch mit den technischen Einzelheiten der Lieferantenkreditversicherung, sondern mit den Ursachen ungewöhnlicher (abnormaler) Verluste an Außenständen und mit den praktischen Grenzen des dafür entwickelten Versicherungsschutzes, im einzelnen mit der Schadendeckung, dem Selbstbehalt des Versicherers (coinsurance), mit den Verkaufserfolgen, der Kreditwürdigkeit, dem Kapitalumschlag und den Versicherungskosten der versicherten Firmen.

Die genannte Gesellschaft führt etwa 150 Branchen in der Liste ihrer Versicherten; die meisten haben weniger als 10 Mill. \$ Umsatz. Die Versicherungssumme in der Lieferantenkreditversicherung erreicht bei dieser einen Firma 7 Mrd. \$. Bei manchen Firmen besteht diese Versicherung ohne Unterbrechung seit Jahrzehnten. Als Gründe für die steigenden Verluste an Außenständen nennt der Verfasser u. a.: die Konzentration beim Kunden in bestimmten Branchen und Bezirken, aber auch allgemeine Rückschläge und die Spezialisierung der Absatzgüter sowie die Zunahme des Kleingeschäftes. Die Versicherung kann sich auf alle oder nur auf bestimmte Debitoren erstrecken. In 95 % der Versicherungsfälle sind alle Debitoren versichert. Die Versicherung kann mit oder ohne Klassifikation der Kunden (rating) erfolgen; im Falle der Klassifikation tritt eine Begrenzung der Versicherungssumme ein, wenn nicht unter Nennung des individuellen Debtors höhere Versicherungssummen vereinbart werden.

Über die normale Höhe der Debitorenausfälle sind durch Jahrzehnte hindurch statistische Werte ermittelt worden. Ausführlich behandelt Phelps den Eintritt des Versicherungsfalles, die während der letzten Jahrzehnte erreichten Verbesserungen des Versicherungsschutzes und die Vorteile beim Klein- und Mittelbetrieb. Die Kosten der Lieferantenkreditversicherung betragen 0,089 % der versicherten Verkäufe, die Kosten des nicht versicherten „normalen Verlustes“ 0,15 %, zusammen 0,239 % für Versicherung und nicht versicherten Verlust.

Die Schrift ist für alle Interessenten und Studierende der Versicherungs- und Bankwirtschaft, aber auch für alle Gewerbebetriebe, die ihren Kunden Kredit gewähren, und ihre Berater aufschlußreich und lesenswert.

Hanns Linhardt, Nürnberg

Eugen Leitherer: Geschichte der handels- und absatzwirtschaftlichen Literatur. Köln und Opladen 1961. Westdeutscher Verlag. 215 S.

Im Gegensatz zur Geschichte der Volkswirtschaftslehre ist die Geschichte der Betriebswirtschaftslehre weitgehend vernachlässigt worden. Die einzige umfassende Darstellung ist hier noch immer das vor 26 Jahren erschienene Buch von *Löffelholz* „Geschichte der Betriebswirtschaft und der Betriebswirtschaftslehre“. Ferner gibt *Seyffert* einen kurzen Überblick im Handwörterbuch der Betriebswirtschaftslehre Band 1, Stuttgart 1956. Gewisse fachlich oder zeitlich abgegrenzte Teilgebiete behandeln *Penndorf* („Geschichte der Buchhaltung in Deutschland“, Leipzig 1913), *Eduard Weber* („Literaturgeschichte der Handelsbetriebslehre“, Tübingen 1914), *Konz* („Die Entwicklung der kaufmännischen Fachliteratur bis zum Ende des 17. Jahrhunderts“, Diss., Köln 1926), *Heydenreich* („Absatzprobleme in der älteren betriebswirtschaftlichen Literatur von Savary bis zu Leuchs“, Diss., Leipzig 1934) und *Käfer* („Schär und die Entwicklung der Betriebswirtschaftslehre“, Zürich 1956). Unter diesen Umständen wird

man die vorliegende Schrift als besonders verdienstvoll ansehen können, füllt sie doch eine fühlbare Lücke aus. Dabei gibt auch L. keine Gesamtdarstellung, sondern beschränkt sich auf die Behandlung der handels- und absatzwirtschaftlichen Literatur. Da eine Handels- oder Absatztheorie nur in Ansätzen besteht und eine Dogmengeschichte der Handelsliteratur heute noch nicht geschrieben werden könne, hält er es für notwendig, zunächst einmal Quellen zu sammeln, d. h. die vorhandenen Buchveröffentlichungen systematisch zusammenzustellen und auszuwerten. Es handelt sich also um eine ausgesprochen literarhistorische Arbeit, wobei er bemüht war, die Veröffentlichung des englischen, französischen und italienischen Sprachkreises möglichst vollständig mitzuerfassen. Nur bei der Darstellung der merkantilistischen Ideen über den Handel beschränkt er sich auf die deutschen Kameralisten, da nach ihm sonst der Rahmen der Arbeit gesprengt worden wäre.

L. teilt den Stoff in 8 Kapitel ein; er beginnt mit der Lehre des Handels in der Scholastik und führt die Darstellung bis in die Gegenwart. Dabei wirkt, allerdings mehr äußerlich, etwas störend, daß einige Kapitel außerordentlich kurz sind, z. B. nur drei Seiten (Kapitel 2 und 5), andere 40 und mehr Seiten umfassen. Besonders ausführlich werden im 8. Kapitel Grundfragen und Probleme der modernen Absatzlehre behandelt.

Es kann nicht Aufgabe dieser Besprechung sein, auf Einzelheiten einzugehen. Der mit der Literatur gut vertraute Verfasser legt eine fleißige Arbeit vor, in der sich manches treffende Urteil befindet. Vielleicht hätte die Einstellung der Nationalökonomie zum Handel etwas ausführlicher dargestellt werden können.

Es liegt im Wesen der Schrift, daß sehr viel zitiert wird. Dabei fällt auf, daß Zitate teils in Originalsprache, teils in Übersetzung gebracht werden, ohne daß ein Grund hierfür ersichtlich ist. So ist z. B. S. 87 ein Zitat von *Quesnay* übersetzt worden, fast anschließend daran ein solches von *Smith* nicht. Eine gewisse Einheitlichkeit wäre wünschenswert!

Der Arbeit ist ein sehr umfangreiches und aufgegliedertes Literaturwie auch ein Namensverzeichnis beigegeben. Die Wirtschaftsgeschichte von Bechtel hat 3, nicht 2 Bände (S. 35 Anm. 79). Die im Text gebrachten Tabellen sollten alle eine Überschrift haben.

Bruno Schultz, Berlin

Bernd Peters: *Operations Research als modernes Führungsinstrument und Hilfe handwerklichen Wirtschaftens.* (Göttinger Handwerkswirtschaftliche Studien, hrsg. von Prof. Dr. Abel und Prof. Dr. Sundhoff.) Göttingen 1962. Verlag Otto Schwartz & Co. 64 S.

Die Anregung zu der vorliegenden Arbeit geht — wie im Vorwort von den Herausgebern niedergelegt — von deren Überlegungen aus, daß neue betriebswirtschaftliche Methoden im allgemeinen zwar vorerst in Großunternehmen zur Anwendung gelangen, aber dann später oftmals auch von Mittel- und Kleinbetrieben übernommen werden. Da nun insbesondere infolge des Arbeitskräftemangels die Hand-

werksbetriebe ohnehin gezwungen sind, generell die ökonomischen Gesichtspunkte mehr in den Vordergrund zu rücken und vor allem kapitalintensiver zu arbeiten, ergibt sich nach Peters, wie er in seiner Einleitung darlegt, geradezu zwangsläufig für den Handwerker die Notwendigkeit, ebenfalls betriebswirtschaftliche Methoden und damit auch u. a. Operations Research (O.R.) in seinem Betrieb anzuwenden. Diesem kommt entgegen, daß Probleme dieser Art ihrer Struktur nach — zumindest teilweise — denen der Großunternehmen gleichen, so daß die bereits dort gemachten Erfahrungen schon berücksichtigt werden können. In dem anschließenden II. Hauptabschnitt gibt der Verfasser dann zunächst eine historische Einführung und erläutert das Wesen und die Ziele der O.R. Als allgemeines Ziel bezeichnet er die Ermittlung optimaler Verhaltensweisen für Entscheidungsprobleme bestimmter Organisationen (S. 7). Außerdem kann sich der mit O.R. noch nicht vertraute Leser einen Überblick über deren Probleme, Methoden und Anwendungsbereiche — geschildert anhand von 5 Hauptgebieten der O.R. — sowie über den Begriff und das Verfahren der Programmierung verschaffen. Der III. Hauptabschnitt ist der Anwendung eines operationsanalytischen Verfahrens (der Linearen Programmierung) auf handwerkschaftliche Probleme gewidmet. Nachdem allgemein Begriff und Lösungsmethoden der Linearen Programmierung erläutert worden sind, führt uns der Verfasser anhand numerischer Beispiele, die dem Bereich des Handwerks entnommen sind, an die Lösung einer Maximum- und einer Minimaufgabe heran, wobei jeweils der Weg der Simplex-Methode eingeschlagen und auch eine graphische Veranschaulichung der Lösung geboten wird. Die erste Aufgabe behandelt ein Problem der Gewinnmaximierung, die zweite ein Problem der Kostenminimierung. Das Transportproblem, d. h. die Minimierung der Transportkosten, bildet den Inhalt einer dritten Aufgabe. Im letzten Hauptabschnitt (IV) beschäftigt sich der Verfasser mit den Voraussetzungen und Grenzen für den Einsatz von O.R.-Methoden in Handwerksbetrieben. Als Voraussetzungen müssen angesehen werden: ein qualitativ hochwertiges Rechnungswesen, das Wissen der Handwerker um die Existenz der O.R. überhaupt sowie zumindest allgemeine Vorstellungen hierüber, Verbreitung des Schrifttums über O.R. in Kreisen des Handwerks und Bereitstellung einer ausreichenden technischen Ausstattung — angefangen von einfacheren Rechenmaschinen bis hin zu Datenverarbeitungsmaschinen. In der Schaffung dieser Voraussetzungen liegt die große Aufgabe der Innungen, der Handwerkskammern und besonders der Betriebsberater des Handwerks, denn — und hier zeigen sich die Grenzen — bei der Mehrzahl der einzelnen Handwerksbetriebe dürften schon im Hinblick auf ihren Geschäftsumfang kaum die Voraussetzungen für eine alleinige Durchführung von O.R.-Analysen gegeben sein. Darüber hinaus aber muß die Zusammenarbeit zwischen den Organisationen des Handwerks und den Universitäten gefördert werden.

Zusammenfassend läßt sich über die vorliegende Schrift sagen, daß sie gemäß ihrem erklärten Ziel erstens eine nur kurze Einführung in

das Gebiet der O.R. darstellt und zweitens auch in bezug auf ihr eigentliches Anliegen — O.R. und Handwerk — nur erste Ansätze bringt. Beides allerdings erfolgt in leicht verständlicher, aber trotzdem prägnanter Form, so daß eine Verbreitung der Schrift im Handwerk zu dessen Wohle wünschenswert erscheint.

Dietmar Schiele, Berlin

Konrad Mellerowicz: Die Handelsspanne bei freien, gebundenen und empfohlenen Preisen. (Schriftenreihe des Forschungsinstituts für das Markenwesen, Berlin, in Verbindung mit der Gesellschaft zur Erforschung des Markenwesens e. V., Wiesbaden, herausgegeben von K. Mellerowicz, Bd. 5.) Freiburg i. Br. 1961. Rudolf Haufe Verlag. XI, 258 S.

Nicht allein als ökonomisches Phänomen hat die vertikale Preisbindung 1961 ein Beschneiden ihres Anwendungsbereiches hinnehmen müssen, wie die abermals durch grauen Markt und Überproduktion verursachten Zwischenfälle besonders um elektrotechnische Markenerzeugnisse verdeutlichen, sie ist außerdem von kompetenter Seite zum mindesten im Konzept auch als Rechtsfigur hart angeschlagen worden, und zwar zunächst durch den 3. Jahresbericht des Bundeskartellamtes, demzufolge die Nachteile bei gebundenen Preisen größer seien als die Vorteile, sodann durch die in Vorbereitung befindliche Novelle zum „Kartellgesetz“, da diese entgegen dem Standpunkt der Industrie u. a. bezwecken soll, die Bestimmung des § 16 einzuschränken oder überhaupt aufzuheben (so neigte vor der Bundestagswahl den Verlautbarungen der Parteien nach die CDU zur Abschaffung der Bindung, während die SPD mit deren Beibehaltung für gewisse Artikel einverstanden war). In Sinne der Mittelstandspolitik wollte der Bundestag sowieso vornweg das eigentliche Antriebsmoment in der Opposition des Einzelhandels gegen den vom Fabrikanten vorgeschriebenen Endverbraucherpreis schleunigst mittels Gesetzes gegen den Betriebs- und Belegschaftshandel paralysieren. Aber selbst wenn das an sich wohl mit der Gewerbefreiheit nur schlecht zu vereinbarende Verbot dieser Vertriebsform Rechtskraft erlangt hätte, wäre damit die Frage, die infolge Änderungen der Betriebsstruktur im Handel entsprechend auch das Verhältnis zur Produktion umgestaltete, nämlich die Höhe der Handelsspanne, zweifelsohne noch lange nicht zur absoluten Zufriedenheit bereinigt.

Schon angesichts dessen dürfte das anzuzeigende Buch mit einer Leserschaft rechnen können, die sich vom Politiker über Hersteller und Händler bis zum Letztkonsumenten erstreckt. Darüber hinaus fordern Linien- und Beweisführung der sonst im thematischen Rahmen herausgearbeiteten Thesen zwingend zum Überdenken der neuerlichen Meinungsverschiedenheit heraus, nachdem die Spanne, vom alterfahrenen Verfasser bezeichnenderweise als „ewiges“ Problem klassifiziert, in all ihren Varianten auf Grund ausgedehnter systematischer Befragung der Praxis hauptsächlich unter betriebswirt-

schaftlichem Aspekt erschöpfend behandelt wird. Den generellen Umrissen von Spannenarten, Spannenhöhe usw., wovon einzig zitiert sei, daß „viele“ der sozialkalkulierten Produkte „einen sehr schönen Gewinn“ abwerfen würden, schließt sich nebst einer theoretischen eine „wirklichkeitsnahe“ Erörterung der Spanne „bei freier Preisbindung“ an, und aus dem Abschnitt geht anschaulich hervor, wie ungemein schwierig die „Kostenverrechnung“ im Einzelhandel ist, weshalb in der Kalkulation bekanntlich „handelsübliche Zuschläge“ dominieren, obgleich das Verfahren „bei weitem“ mehr Nach- als Vorteile zur Folge habe. Der nächste Abschnitt projiziert die „Spannenbildung“ im Falle „gebundener und empfohlener“ Preise mit dem Resultat, daß die Preisempfehlung, sofern sie unter den Händlern vorwiegend das Kalkulieren zu ersetzen pflegt, „zu einer höheren Spanne führen“ könne als bei vereinbarter Bindung — darum hat sich auch die Einzelhandelsorganisation in jüngster Zeit für Untersagen empfohlener Preise ausgesprochen —, der gebundene Preis hingegen den „Preiswettbewerb zwischen den Herstellern um die Gunst des Verbrauchers“ nicht hindere, d. h. kein Kartellpreis vorliege und zudem „überhöhte Spannen“ bestenfalls lediglich „vorübergehend“ Geltung hätten. Zutiefst beeindruckt muß jedoch erst recht die „Auswertung“ der oben erwähnten Enquete, denn der dem Ziel gewidmete Abschnitt bestätigt, daß sich die Spanne bei Markenartikeln „im allgemeinen“ weder „unter“ noch über „der für vergleichbare markenlose Ware“ bewege und mithin keine wesentliche Differenz bestehe. Wenn dennoch eingangs des letzten Abschnitts, in dem der Verfasser seine Ermittlungen bilanziert, um schließlich das heiße Eisen „Spannensenkung oder Aufhebung der Preisbindung“ anzufassen, die Rechnung ergibt, der Absatz von Markenerzeugnissen sei durchweg „gewinnreicher“, so beruht das eben auf der „Umschlaghäufigkeit“, die zumeist die „des gesamten Sortiments“ übertreffe. Allerdings habe außer den gestiegenen „Handlungskosten“ der oft unter „Spannenkonkurrenz“ ausgetragene Wettbewerb der Industriellen im Verkauf an den Handel die Spanne angehoben, was nicht zuletzt im internationalen Vergleich das Postulat, vorab „überhöhte“ Spannen zu senken, begreiflich mache. Ausschließlich „angemessene“ Spannen indessen würden auch die vertikale Preisbindung ganz und gar rechtfertigen, und gegen den grauen Markt wären derart fixierte Spannen schlechthin das wirksamste Mittel (vgl. meine Besprechung von *Hoppmanns* wie auch *Nieschlags* „Binnenhandel und Binnenhandelspolitik“ in diesem Jahrbuch, 79. Jg., 1959, S. 756 ff.). Daß also der gebundene Preis nicht „überholt“ sei, steht im übrigen in Einklang mit der angezogenen Haltung der Händlerverbände aus dem Lebensmittelsektor und ebenso, wie in Anbetracht des Gemeinsamen Marktes ergänzt sein mag, mit der trotz grundsätzlicher Bejahung des Wettbewerbsprinzips gefaßten Entschliebung der Internationalen Vereinigung der Verbände von Lebensmitteldetaillisten auf dem Kopenhagener Kongreß von 1960.

Arthur Dissinger, Ravensburg

Erich Kosiol und Mitarbeiter: Untersuchungen zur Aufbauorganisation der Arbeitsvorbereitung und des Einkaufs industrieller Unternehmungen. (Veröffentlichung des Instituts für Industrieforschung der Freien Universität Berlin, Band 11.) Berlin 1960. Duncker & Humblot. 168 S.

Die Schrift enthält zwei Untersuchungsberichte, die als Dissertationen im Rahmen des organisatorischen Forschungsprogramms des Instituts von Prof. Kosiol entstanden und durch diesen und seine Mitarbeiter gründlich überarbeitet worden sind. Der erste Bericht behandelt die Aufbauorganisation der industriellen Arbeitsvorbereitung und ihre Eingliederung in die Gesamtorganisation der Unternehmung. Die empirischen Untersuchungen erstrecken sich auf 17 Großunternehmungen mit Fertigung von zusammengesetzten Erzeugnissen folgender Industriezweige: Elektroindustrie (7), Feinmechanik und Optik (2), Maschinenbau (7), Hauptwerkstätte einer chemischen Unternehmung (1). Sieben der untersuchten Unternehmungen fertigen nach einem zeitlich gebundenen und mengenmäßig bestimmten Programm, die übrigen Unternehmungen steuern die Fertigung durch Aufträge. Das Thema des zweiten Berichts ist die organisatorische Eingliederung des industriellen Einkaufs. Die Erhebung erstreckt sich auf 12 Unternehmungen verschiedener Größe der folgenden Branchen: chemische Erzeugung (2), Metallverarbeitung (8), Textilindustrie (1), Stromerzeugung (1). Auf Grund eingehender Erörterung der organisatorischen Behandlung der Kernaufgaben des industriellen Einkaufs und der einkaufsbezogenen Aufgaben werden fünf Grundsätze für die Organisation der Einkaufsabteilung aufgestellt. Beide Untersuchungsberichte werden durch Organisationsschaubilder ergänzt.

Hermann Funke, Berlin

Joachim Berger und Dieter Wienberg, unter Mitarbeit von Rafael Viñarás: Probleme der Steigerungsmöglichkeiten der spanischen Ausfuhr von Gemüse, Obst, Südfrüchten und Frühkartoffeln. (Kieler Studien, Forschungsberichte des Instituts für Weltwirtschaft an der Universität Kiel, herausgegeben von Fritz Baade, Band 56.) Kiel 1961. VIII, 120 S.

Diese Kieler Studie ist in enger Zusammenarbeit zwischen dem Institut für Weltwirtschaft und dem Madrider Consejo Superior de Investigaciones Científicas entstanden und nimmt sich einer Hauptsorge der spanischen Wirtschaftspolitik an: Seit 1952 weist die Handelsbilanz Spaniens einen ununterbrochen und steil ansteigenden Passivsaldo auf, und nur ein Teil des Defizits konnte durch anderweitige Einnahmen (vor allem aus dem spanisch-amerikanischen Militärhilfevertrag und aus dem Fremdenverkehr) gedeckt werden. Zum Ausgleich der Leistungsbilanz muß „eine nachhaltige Vergrößerung des Exportvolumens im Vordergrund aller Bemühungen stehen“, während der — wie die Verfasser meinen — „unumgänglichen Drosselung der stark angewachsenen Importe“ (S. 2) nach Ansicht des Rezensenten durch den primär politisch bedingten Industrialisierungsbedarf und die

„Entwicklungsaufgaben“ eben des spanisch-amerikanischen Vertrages enge Grenzen gezogen sind. Um so mehr Gewicht ist der Pointe dieses Untersuchungsberichts beizumessen, die Erzeugung gerade der hier in ihren Kultur- und Absatzbedingungen studierten Agrargüter (mit guten Exportchancen namentlich in die Industrieländer Europas) zu steigern (S. 119), doch drückt dieses im Grunde naheliegende Ergebnis längst nicht den ganzen Ertrag des Buches aus: Im ersten Abschnitt werden die bisherige Produktion und Ausfuhr Spaniens und die Importe des Vereinigten Königreichs, der Bundesrepublik Deutschland und Schwedens einer sorgfältigen quantitativen Analyse unterzogen. Während der Gesamtanbau kontinuierlich stieg, weisen die Ernte- und noch mehr die Exportmengen beträchtliche Schwankungen auf. Der zweite Abschnitt geht von der Feststellung aus, „daß die größten Möglichkeiten zur Steigerung der spanischen Ausfuhr in der Nutzung seiner klimatischen Vorteile gegenüber anderen Konkurrenzländern liegen“ (S. 83), und sondiert dementsprechend die Anbauverhältnisse in den klimatisch begünstigten Gebieten der Halbinsel sowie der Kanarischen Inseln und der Balearen. Im dritten Abschnitt werden die notwendigen Verbesserungen des Transportsystems überzeugend begründet und im einzelnen aufgezeigt. Die mit vielen Tabellen ausgestattete Expertise sollte von der spanischen Regierung und Privatwirtschaft ohne alle Abstriche beherzigt werden.

Antonio Montaner, Mainz

Wolfgang Corsten: Der Straßenbaubetrieb. Eine betriebswirtschaftliche Studie. (Abhandlungen aus dem Industrieseminar der Universität zu Köln, Heft 13. Berlin 1961. Duncker & Humblot.

Der Straßenbaubetrieb unterscheidet sich so weitgehend von den übrigen Bauindustrie-Betrieben, daß eine von der Eigenart des Straßenbaubetriebes ausgehende betriebswirtschaftliche Studie nicht nur berechtigt, sondern notwendig ist.

Insbesondere für den Branchenfremden — und diesen für die Probleme der Bauindustrie zu interessieren, ist überaus wichtig — würde jedoch der Zugang zu den besonderen Problemen des Straßenbaubetriebes erleichtert, wenn in der Arbeit zunächst die Eigenart der Bauindustrie im Vergleich zu anderen Industriezweigen dargestellt würde (denn die Saisonabhängigkeit, die außergewöhnlich hohe Fluktuation, die Abhängigkeit von den örtlichen Gegebenheiten u. a. m. sind nicht nur Probleme des Straßenbaubetriebes, sondern Probleme der gesamten Bauindustrie), um dann auf das einzugehen, was den Straßenbaubetrieb von den übrigen Bauindustrie-Betrieben unterscheidet: den hohen Mechanisierungsgrad. Die Tatsache, daß es Maschinen gibt, die in ständiger Wiederholung desselben Arbeitsganges „Straßen — fertigen“ (mit dementsprechend niedrigem Lohnanteil: 10—15 %), unterscheidet den Straßenbaubetrieb von den übrigen Bauindustrie-Betrieben. Ist das noch Einzelfertigung?

Dem Branchekundigen wird in den folgenden Abschnitten eine Fülle von Anregungen gegeben, insbesondere zur Steuerung des Geräte-

einsatzes, zur Vorkalkulation, zur Arbeitsvorbereitung und zum Berichtswesen. Dankenswerterweise werden hier persönliche Erfahrungen und betriebsinterne Lösungen vorbehaltlos zur Diskussion gestellt. Die Transformation des vom Arbeitgeber aufgestellten Leistungsverzeichnisses in eine Kalkulation nach dem BAS (Bauarbeitsschlüssel) dürfte bei einer Auftragschance von nur 5 % nur im Zuge der Arbeitsvorbereitung vertretbar sein.

Die Ausführungen zu Grundsatzfragen der Kostenrechnung und insbesondere zur Betriebsabrechnung sind der schwächste Teil der Studie: Kostenträger ist niemals die Baustelle, sondern die durch den Auftrag umrissene Leistung. Der Gesamtbetrieb ist zunächst in Kostenbereiche zu gliedern, die, wo es notwendig ist, z. B. im Fertigungsbereich, in Kostenstellen aufgeteilt werden. Diese weitere Aufteilung ergibt sich im Baubetrieb zwangsläufig, denn die Baustelle ist eine „natürliche“ Kostenstelle. Die diesbezüglichen Ausführungen des Verf. („... das würde bedeuten, daß der Baubetrieb nur eine einzige Bauleistung in der Rechnungsperiode abwickeln würde und so nur eine einzige Baustelle in Arbeit wäre“) sind unverständlich.

Eine Zusammenfassung der Bauleistungen nach dem Mechanisierungsgrad (wie sie *Corsten* im BAB vorsieht) würde eine Bildung von Kostenträgergruppen (nicht von Kostenstellen) bedeuten, die jedoch wenig neue Erkenntnisse bringen würde, da die Betriebsmittelkosten, die den Mechanisierungsgrad bestimmen, nach *Corsten* als Einzelkosten verrechnet werden sollen, also kein Schlüsselproblem darstellen.

Auch die Baubetriebslehre braucht ein solides Fundament, sie muß auf den theoretischen Grundlagen der Betriebswirtschaftslehre aufbauen, sonst wird sich an dem vom Verf. eingangs bedauerten Zustand, daß die Baubetriebslehre noch wenig entwickelt ist und noch weniger die notwendige Verbreitung gefunden hat, nichts ändern.

Konrad Mellerowicz, Berlin

Jörg Schneider: Empirische Untersuchungen über den Einfluß der Frachtraten, Frachteinnahmen und Schiffbaupreise auf den Bau von seegehenden Güterschiffen 1900 bis 1958. (Verkehrswissenschaftliche Forschungen, Schriftenreihe des Verkehrswissenschaftlichen Seminars der Universität Hamburg, hrsg. von Fritz Voigt und Harald Jürgensen.) Berlin 1961. Duncker & Humblot. 186 S.

Das Problem ist, daß man seit Jahrzehnten beobachten kann, wie eine ungewöhnliche Diskrepanz zwischen dem Bedarf an Transportleistungen im Bereich der güterbefördernden Seeschifffahrt und der vorhandenen Transportkapazität entsteht. Diese Diskrepanz tritt in sich ablösenden Phasen von Transportknappheit und -überfluß in Erscheinung. Es fragt sich, welche Zusammenhänge zwischen Schiffbau, den Schwankungen der Frachtraten, den Einnahmen der Reeder, den Schiffbaupreisen und der Investitionstätigkeit der Reeder vorhanden sind. Dem will der Verfasser auf möglichst breiter empirischer Grundlage nachgehen, zumal die bisherige Literatur befriedigende Ergebnisse nicht zeitig hat. Das liegt wohl vor allem daran, daß die

vorhandene Statistik nicht immer ausgereicht hat und daß man sich weiter im wesentlichen auf Globaluntersuchungen beschränkt hat. Der Verfasser hat nun das Verdienst, daß er mit großer Sorgfalt die vorhandene Statistik analysiert, sie ergänzt und vor allem die einzelnen Zweige der Schifffahrt auch nach Nationalitäten in ihrer Reaktion auf die Schwankungen der Frachtraten, die Bewegung der Schiffbaupreise und die Neubautätigkeit hin untersucht.

Das ganze Problem ist außerordentlich komplex vor allem durch die oft wenig elastischen, dem Konjunkturverlauf nicht genügend angepaßten Maßnahmen der staatlichen Subventionspolitik der seefahrenden Staaten. Man braucht dabei nur an die Subventionspolitik in Frankreich, Italien, der Bundesrepublik Deutschland und in Japan zu denken. Wie der Verfasser in seinen empirischen Untersuchungen, die sich allerdings auf statistisches Material stützen müssen, das auch heute noch erhebliche Lücken aufweist, nachweist, gehen die Investitionswellen in der Seeschifffahrt in erster Linie auf die starken Einnahmeschwankungen der Reeder zurück, wobei daneben jedoch in gleicher Richtung die kurzfristigen Ratenschwankungen die Investitionsneigungen der Reeder beeinflussen. Die Baukostenschwankungen dagegen lassen keinen Einfluß auf die Investitionstätigkeit erkennen. Wenn man nun die Ausführungen des Verfassers aufmerksam verfolgt, vor allem seine Ausführungen über die Mitwirkung der Werften bei der Finanzierung der Neubauten, so scheint es doch sehr wohl möglich, daß umgekehrt gerade die Investitionsneigung und -tätigkeit der Reeder die Schiffbaupreise maßgebend beeinflußt, zumal die Werften in den Zeiten schlechter Konjunktur bestrebt sind, alles zu tun, um ihre Anlagen auszunutzen und ihre Arbeitskräfte zu beschäftigen.

Wenn man nun die Schwankungen der Bautätigkeit mildern will, so wird, wie der Verfasser richtig meint, eine zwischenstaatliche Übereinkunft erforderlich sein, an der es bisher gefehlt hat. Hier dürfte auf Grund des Artikels 84 des EWG-Vertrages eine Basis gegeben sein, insbesondere, sobald die großen seefahrenden Nationen England, die nordischen Staaten, Holland, Frankreich und die Bundesrepublik in der EWG zusammengeschlossen sind. Die dann notwendigen, sicher sehr schwierigen und langwierigen Verhandlungen werden weitere Untersuchungen und statistische Erhebungen erforderlich machen, und dafür dürfte die Arbeit von Jörg Schneider manche beachtenswerte Anregung geben.

W. M. Frhr. v. Bissing, Berlin

Friedrich Swart: Diesseits und jenseits der Grenze. Das deutsche Genossenschaftswesen im Posener Land und das deutsch-polnische Verhältnis bis zum Ende des zweiten Weltkrieges. Leer (Ostfriesland) 1954. Verlag Rautenberg & Möckel. 231 S.

Das Buch gibt Einblick in die Geschichte der deutschen Genossenschaftsorganisation im Posener Land, das seit dem Mittelalter von Deutschen und Polen besiedelt wurde und das im 19. Jahrhundert und bis 1918 unter deutscher, dann bis 1939 unter polnischer Staats-

hoheit stand. War der Genossenschaftsgedanke hier zuerst von den Polen zur Erhaltung und Förderung ihres Volkstums unter deutscher Staatsherrschaft ausgebildet worden, so folgte das deutsche Genossenschaftswesen erst später, zum Teil erst in der polnischen Republik mit der entsprechenden Aufgabe, die eigenen Kräfte zu sammeln und in das polnische Staats- und Wirtschaftsgefüge einzuordnen, und „erreichte als erstes die freiwillige Einigung der beiden großen Richtungen des deutschen ländlichen Genossenschaftswesens; zu gleicher Zeit auch eine Vereinigung mit den deutschen städtischen Volksbanken in einem Verbands, Städter und Bauern einander annähernd und zu gegenseitiger Hilfe auf gemeinnütziger Grundlage zusammenfassend“ (S. 5). Um die eigentümlichen Bedingungen und Wechselfälle dieser Entwicklung verständlich zu machen, schildert der Verfasser im Umriß die allgemeinen politischen, wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse, unter denen sie ablief. Wie in Deutschland, so nahmen auch hier zuerst Handwerker und Kleinkaufleute die Genossenschaftsideen auf (S. 13). Etwa gleichzeitig mit der Gründung der ersten deutschen Vorschußvereine (um 1860), jedoch viel breiter und stärker, setzte der Aufbau des polnischen Genossenschaftswesens ein. Nach 1880 entstanden im Posener Gebiet dann auch deutsche Agrargenossenschaften, und der Verfasser legt eingehend die Rückwirkungen dar, die mit der Tätigkeit der 1886 errichteten preussischen Ansiedlungskommission und der auf Grund der Rentengutsgesetze 1890—1891 geschaffenen gemeinnützigen Siedlungsgesellschaften verbunden waren (S. 24 ff.). Die Verschärfung der nationalpolitischen Gegensätze stellte jedoch das wirtschaftliche Zusammenleben von Deutschen und Polen bis zum Ende des ersten Weltkrieges kaum in Frage. Swart beschreibt sodann die mit der Schaffung des polnischen States völlig veränderte Lage der deutschen Minderheit und ihrer genossenschaftlichen Einrichtungen und ihr wechselvolles Schicksal bis zum Kriegausbruch 1939. In den zwanzig Jahren polnischer Herrschaft hatte sich „das deutsche Genossenschaftswesen . . . stets als ein aufbauender Faktor in der Volkswirtschaft Polens bewährt, indem es den Sparsinn und die Erzeugung der deutschen Bevölkerung anregte und stärkte, beides dem Staat nutzbar machte und ihm mehr Steuern einbrachte als vergleichbare polnische Organisationen“ (S. 150). Nach der deutschen Besetzung Polens hatten es die Einsichtigen unter der deutschen Beamtenschaft wie auch zu ihrem Teil die Vertreter der Genossenschaftsbewegung schwer, den strengen Vergeltungsmaßregeln der neuen Herrschaft für die an den Volksdeutschen verübten Untaten entgegenzuwirken. Die Straf- und Vernichtungsaktionen richteten sich dabei vornehmlich gegen die polnischen Juden, obwohl sich diese an den deutschfeindlichen Ausschreitungen kaum beteiligt hatten (S. 164). Der Verfasser schildert oft bis ins einzelne die Umstellung und den Ausbau des Genossenschaftsapparats nach Einrichtung der Reichsverwaltung, der nun für die ausgeschalteten polnischen und jüdischen Kaufleute mit in die Bresche

springen mußte, um die landwirtschaftliche Produktion der Versorgung Deutschlands dienstbar zu machen. Es erwies sich, daß die Leiter der deutschen Genossenschaftsbetriebe den Polen nicht fremd und feindselig gegenüberstanden, sondern — von Ausnahmen abgesehen — bereit waren, im Rahmen des Möglichen für sie zu sorgen (S. 200). Über die täglichen Sorgen und Nöte während dieser Jahre berichtet *Swart* eine Fülle von Einzelheiten, die ein anschauliches, aber auch bedrückendes Bild oft überforderten, wo nicht gar mißbrauchten Genossenschaftsgeistes geben. Denn schließlich war auch der kriegswirtschaftlich und besatzungspolitisch bedingte Aufschwung der Genossenschaftsbetriebe im Posener Land und darüber hinaus — gemessen am historischen Rang der Genossenschaftsidee — eine tragische Episode, die mit dem Vordringen der Russen im Herbst 1944 im Chaos unterging.

Die Schrift ist angefüllt mit den Erfahrungen und Bekenntnissen eines Mannes, der am Aufstieg der deutschen Genossenschaften im Posener Land entscheidenden Anteil hat und eben als Genossenschaftler auch im Spannungsfeld verschiedenen Volkstums das Miteinander über die Gegensätze zu stellen bemüht war. Gewiß versteht man den Verfasser recht, wenn man sein Buch nicht nur als Nacherzählung und Rechenschaftsbericht auffaßt, sondern zugleich und vor allem als Aufruf, den genossenschaftlichen wie jeden Gemeinsinn auch um höherer als bloß wirtschaftlicher Werte willen zu pflegen.

Antonio Montaner, Mainz

Günter Tubbesing: Selbstfinanzierung bei hilfswirtschaftlichen Genossenschaften. (Schriften des Seminars für Genossenschaftswesen an der Universität zu Köln, herausgegeben von Gerhard Weisser, Band 2.) Göttingen 1958. Verlag Otto Schwartz & Co. VII, 141 S.

Der Verfasser begründet einleitend „die Notwendigkeit der besonderen Untersuchung betriebswirtschaftlicher Erscheinungen in Einzelwirtschaften, die nicht dem Typ des marktwirtschaftlichen Erwerbsunternehmens zugeordnet werden können“, und umgrenzt sein Thema hinsichtlich der Begriffe „Selbstfinanzierung“ und „hilfswirtschaftliche Genossenschaft“. Im Unterschied zu den Voll- bzw. Produktivgenossenschaften werden von den sog. hilfswirtschaftlichen Genossenschaften aus den Betrieben oder Haushalten ihrer Mitglieder einzelne betriebs- oder hauswirtschaftliche Funktionen übernommen, die diese nicht oder nur unvollkommen ausüben könnten und deren Leistungsergebnisse den Mitgliedern unter Ausschaltung des Marktes zur Verfügung gestellt werden (S. 9). Nach einer sehr eingehenden betriebswirtschaftlichen Analyse der Selbstfinanzierung (ihres Wesens, ihrer Erscheinungsformen und ihrer Einflüsse auf den Unternehmungserfolg) im Bereich der Erwerbswirtschaft als Ausgangsbasis prüft der Verfasser, ob und inwieweit eine solche „Selbstfinanzierung“ in hilfswirtschaftlichen Genossenschaften möglich ist, welche besondere Bedeutung hierbei die „Überschußfinanzierung“ hat und wo die Grenzen der „Selbstfinanzierung“ innerhalb dieses Genossenschaftstypus

liegen. Das Thema wird sodann einer volkswirtschaftlichen und sozialpolitischen Betrachtung unterzogen (namentlich was die Einwirkung von Finanzierungsvorgängen allgemein und im speziellen der „Selbstfinanzierung“ hilfswirtschaftlicher Genossenschaften auf den Volkswohlstand und den Prozeß seiner Gewinnung betrifft), während der Schlußabschnitt die gesetzlichen und statutarischen Bestimmungen bezüglich der Rücklagen hilfswirtschaftlicher Genossenschaften behandelt und einige Gedanken zur Reform der einschlägigen Rechtsvorschriften wiedergibt.

Die klar und konsequent gegliederten Ausführungen zeugen von der umfassenden Sachkunde und Urteilsicherheit des Autors. Alles betriebswirtschaftliche und genossenschaftskundliche Schrifttum von Belang wurde verarbeitet, so daß die Studie über ihr Forschungsziel hinaus auch als Beitrag zum Thema „Morphologie der Einzelwirtschaften“ zu werten ist, über dessen Diskussion gelegentlich der Kölner Tagung des edierenden Seminars (1955) im 1. Band dieser Reihe berichtet wurde.

Antonio Montaner, Mainz

Heinz Haller: Finanzpolitik. Grundlagen und Hauptprobleme. Tübingen und Zürich 1957. J. C. B. Mohr (Paul Siebeck) und Polygraphischer Verlag AG. 326 S.

Der Verfasser hätte sein Buch genauer volkswirtschaftliche Theorie der Finanzpolitik betiteln können. Von der modernen Volkswirtschaftslehre her will er Wesen und Aufgaben der öffentlichen Finanzen bestimmen. Makroökonomische Modelldarstellungen sollen die Grundlage dafür bilden. Ausgangspunkt für die konkreteren Auseinandersetzungen ist die Frage nach den Zielen der Finanzpolitik. Die Beschränkung auf die fiskalischen Zwecke wird als veraltete Auffassung abgelehnt, die Notwendigkeit wirtschaftspolitischer Steuerung durch die öffentlichen Finanzen mit den Zielen der Maximalversorgung der Bevölkerung und der Herbeiführung einer gerechten Einkommensverteilung stark betont. Bei dieser Anschauungsweise des Verfassers ist es verständlich, daß er die Reihenfolge, in der sonst gewöhnlich die verschiedenen Kapitel der Finanzwirtschaft behandelt werden, umkehrt und sich zuerst mit den Problemen der Budgetpolitik und der Staatsverschuldung befaßt. Der traditionellen Forderung des ausgeglichenen Staatshaushalts setzt er eine Politik des unausgeglichenen Budgets entgegen, deren verschiedene Möglichkeiten mit ihrem Für und Wider erörtert werden. Von den Fragen der Staatsverschuldung interessiert ihn weniger die Zulässigkeit des Kredits nach der Zweckbestimmung seiner Verwendung als die Wirkungen, die sich für die Einkommensverteilung und das Nachfragepotential in der Volkswirtschaft ergeben können, und die Einflüsse auf das Geldwesen und die Geldpolitik.

Das damit berührte Kapitel der redistributiven Finanzpolitik findet dann eine zusammenhängende Darstellung. Eine Einkommensredistribution über die Staatseinnahmen, die als „aktive“ Einkommens-

verteilung über diejenige Einkommensschichtung hinausgeht, die sich als Folge des Prinzips der Besteuerung nach der Leistungsfähigkeit ergibt, wird mit den postulierten nichtfiskalischen Zwecken zu rechtfertigen gesucht. Da es in dem einen wie dem anderen Falle an objektiven Maßstäben fehlt, brauchen sich die praktischen Konsequenzen dieser verschiedenen Auffassungen gar nicht so sehr zu unterscheiden. Aber grundsätzlich widerspricht es doch dem Gedanken des Eigentums, Einkommen und Vermögen unter Verletzung der Gleichmäßigkeit der Besteuerung willkürlich den einen fortnehmen zu wollen, um durch Entlastung anderer lediglich eine Nivellierung der Besitzverteilung in der Bevölkerung zu erzielen. Überdies geht der Verfasser selbst nicht an der technischen Fragwürdigkeit eines solchen Experimentes vorbei, indem er auf die Schwierigkeit hinweist, die sozialen Wirkungen der Besteuerung, die vielfach von Überwälzung oder Nichtüberwälzung abhängen, mit Sicherheit im voraus zu übersehen. In diesem Zusammenhang stellt er hinsichtlich der direkten Besteuerung ausdrücklich fest, „es könne keineswegs damit gerechnet werden, daß gar keine Überwälzung auftritt“. Zur Entwicklung eines rationalen Steuersystems werden nach berühmten Mustern grundlegende Forderungen aufgestellt, die teils selbstverständlich, teils auch bestreitbar sind, und aus ihnen ein Schema abgeleitet, bei dem die Einkommensteuer und die Umsatzsteuer, diese als Netto-Umsatzsteuer oder einphasige Umsatzsteuer, in richtigem Gewichtsverhältnis miteinander kombiniert, die Hauptsteuern bilden; sie werden ergänzt durch eine Vermögenssteuer zwecks stärkerer Belastung des fundierten Einkommens, eine Erbschafts- und Schenkungssteuer für die Vermögensredistribution, eine Mineralölsteuer als Beitrag zu den durch den Kraftfahrzeugverkehr bedingten öffentlichen Kosten und eine mit sozialhygienischen Erwägungen begründete Sondersteuer auf Spirituosen. Eine Notwendigkeit, von diesem Schema abzugehen, soll sich auch nicht aus dem Finanzausgleich ergeben, wenn er mit der vom Verfasser vorzugsweise empfohlenen Methode der Verteilung des auf Grund zentraler Gesetzgebung erzielten gesamten Steueraufkommens nach einem zwischen den verschiedenen Ebenen vereinbarten Schlüssel vorgenommen wird. Produktionsfördernde Effekte der Finanzpolitik herauszustellen, erwies sich hinsichtlich der öffentlichen Ausgaben nicht als schwierig, bei den öffentlichen Einnahmen muß die steuerliche Begünstigung von Investitionen und anderen produktiven Aufwendungen erhalten. Mit Betrachtungen über die wünschenswerte Rationalität der Finanzwirtschaft bei der Beschaffung von Gütern und Dienstleistungen wie hinsichtlich des Einsatzes und der Kombination der öffentlichen Aufwendungen, der Budgettechnik und des steuerlichen Rechnungswesens schließt das Kapitel über die Hauptprobleme der Finanzpolitik.

Mehr am Rande des eigentlichen Themas folgt eine Auseinandersetzung über die Wechselbeziehungen zwischen der Finanzpolitik und anderen Zweigen der Wirtschaftspolitik, insbesondere der Geld- und

Außenwirtschaftspolitik, die zu den besten Teilen des Buches gehört, wenn auch vieles dabei auf Widerspruch stoßen wird. Wäre es möglich, zu dem vom Verfasser geschmähten Goldautomatismus zurückzukehren, so wäre das mit dem Verzicht auf jegliche Beschäftigungspolitik nicht zu teuer bezahlt. Schließlich werden noch einige „institutionelle Fragen“ behandelt, wie die Verteilung der finanzpolitischen Willensbildung zwischen Regierung und Parlament in der Demokratie, die der Kontrolle der Finanzverwaltung dienenden Prinzipien der Budgetgestaltung (womit die Haushaltslehre auf drei verschiedene Stellen des Buches verzettelt ist). Bei der Vorstellung des Verfassers von der primär wirtschaftspolitischen Zweckbestimmung der öffentlichen Finanzen, die elastische und sachkundige Entscheidungen erfordert, muß er für die Ermessensfreiheit von Regierung und Verwaltung einen möglichst großen Spielraum verlangen. Der Vorschlag, zur Abwehr schädlicher Gruppeninteressen eine Gutachterstelle einzurichten, „die mit wissenschaftlicher Objektivität sämtliche Vorschläge für finanzpolitische Maßnahmen, bevor über sie im Parlament entschieden wird, daraufhin zu prüfen hätte, ob sie Verteilungskorrekturen bewirken, die im Interesse der Allgemeinheit nicht befürwortet werden können“, wird durch die Erfahrungen mit der praktischen Wirksamkeit der bei verschiedenen Ministerien der Bundesrepublik bestehenden Beiräte kaum gestützt.

In summa: ein Buch voll anregender Gedanken, aber keine systematische und geschlossene Darstellung der Finanzpolitik, auch keine vollständige Theorie der Finanzpolitik, sondern in der Hauptsache eine angewandte Theorie der Wirkungen der öffentlichen Finanzen auf den volkswirtschaftlichen Kreislauf.

Hermann Deite, Berlin

Paul Lehmann und Rudolf Robert: Kameralistische und kaufmännische Rechnungslegung des Bundes, der Länder und Gemeinden unter Berücksichtigung des Landes Berlin. (Schriftenreihe der Berliner Verwaltungsschule, herausgegeben von Senator Otto Theuner, Heft 10.) Berlin und Frankfurt 1961. Verlag Franz Vahlen GmbH. 157 S.

Während über Verfahren, Formen und Grundsätze der Aufstellung und Ausführung des Haushaltsplans sowie über Aufgaben und Organisation der am Vollzug des Haushaltsplans beteiligten Kassen eine umfangreiche Literatur besteht, mangelt es im kameralistischen Bereich an zusammengefaßten Darstellungen der Rechnungsführung, des Rechnungsabschlusses und der Rechnungslegung. Die Verfasser haben es sich zum Ziel gesetzt, diesen Mangel im Interesse der Ausbildung und der in der praktischen Arbeit stehenden Kräfte zu mildern. Die vorliegende Schrift besteht aus drei Teilen, von denen der erste und dritte von Lehmann, der zweite Teil von Robert bearbeitet worden ist. Der erste Teil „Rechnung und Rechnungslegung der öffentlichen Verwaltung“ gibt einen Überblick über die Rechtsgrundlagen,

die Rechnung führenden und Rechnung legenden Stellen, die Rechnungsgrundlagen und die Arten der Rechnung (Kassenrechnung, Haushaltsrechnung, Ergänzung zur Haushaltsrechnung, Vermögensrechnung, Jahresrechnung) und beschreibt ausführlich die Haushaltsrechnung der Gebietskörperschaften und die Verfahren und Formen der Rechnungslegung. Der zweite Teil behandelt die „Rechnungslegung in Berlin“. Nach Erörterung der Grundsätze der öffentlichen Rechnungslegung und des Rechnungsabschlusses (Wesen des Sollabschlusses, Überschuß und Fehlbetrag, Bedeutung des Abschlusses) werden an Hand von ausführlichen Zahlenbeispielen Abschlußverfahren, Übertragungsrhythmus der Ergebnisse, Abschlüsse und Feststellung der Haushaltsrechnung dargestellt. Den Schluß bildet die Beschreibung des Verfahrens der Entlastung wegen der Haushaltsrechnung. Der dritte Teil „Rechnung, Rechnungsführung und Rechnungslegung der öffentlichen Unternehmen des Landes Berlin“ behandelt einleitend die Arten, Formen und Rechtsgrundlagen. In den beiden Hauptabschnitten werden Rechnung und Rechnungsführung der Anstalten mit kameralistischer Buchführung und der Unternehmen mit kaufmännischer Buchführung an Hand von Zahlenbeispielen anschaulich dargestellt. Im letzten Abschnitt wird die Rechnungslegung der öffentlichen Unternehmen erörtert. Die Schrift ist als Lehrbuch für Verwaltungsschulen geeignet und erfüllt das von den Verfassern gesetzte Ziel.

Hermann Funke, Berlin

Gerhard Eisner: Kaufkraftübertragungen durch öffentliche Finanzen. Ein Beitrag zur Theorie und Statistik der fiskalischen Einkommensredistribution. Winterthur 1956. Verlag P. G. Keller. 128 S.

Der Verfasser erörtert zunächst die begriffliche und methodische Problematik einer Erfassung der Wirkungen, die von den öffentlichen Finanzen auf die Einkommensverteilung ausgehen, gibt dann eine kritische Darstellung der vornehmlich von angelsächsischen Autoren für ihre Länder vorgenommenen Versuche einer statistischen Nachweisung dieser Wirkungen und nimmt schließlich zu den nutzen-theoretischen und konjunkturpolitischen Begründungen einer fiskalischen Redistributionspolitik Stellung. Die Arbeit zeigt vor allem die außerordentlichen Schwierigkeiten aller derartigen Untersuchungen, und nach dem eigenen Bekenntnis des Verfassers erschien eine Lösung oft „nur unter Verwendung reichlich gewagter Hypothesen, persönlicher Werturteile und entsprechend weitreichender Vorbehalte möglich“. Dennoch ist diese erste in deutscher Sprache erschienene systematische Behandlung des umstrittenen Fragenkreises — eine Züricher Dissertation — theoretisch wertvoll, durch begriffliche Schärfe und fruchtbare Verwertung des umfassenden ausländischen Schrifttums ausgezeichnet.

Hermann Deite, Berlin

Klaus Wilhelm Rath: Die Gewerbelohnsummensteuer. Untersuchungen zu ihrer finanzwirtschaftlichen und betrieblichen Bedeutung. Stuttgart 1956. Verlag W. Kohlhammer. 164 S.

Daß die Lohnsummensteuer und namentlich ihre, auch im Verhältnis zur Gewerbesteuer nach dem Ertrag und Kapital vielfach übertriebene Anspannung der Forderung nach gleichmäßiger Belastung nicht entspricht und insbesondere die lohnintensiven Unternehmungen schwer benachteiligt, kann heute wohl als übereinstimmende Ansicht bezeichnet werden. Das Verdienst des Verfassers ist es, für diese Ansicht ein umfassendes und beweiskräftiges Zahlenmaterial beigebracht zu haben, das hinsichtlich der Auswirkung der Lohnsummensteuer auf die Betriebsrechnung des Bergbaus durch eine eigene Repräsentativerhebung gewonnen wurde. Der Vergleich ihrer Ergebnisse mit vorliegenden älteren Untersuchungen für die gewerbliche Wirtschaft macht augenfällig, wie um ein Vielfaches stärker die arbeitsintensiven Unternehmungen, besonders bei geringerer Wirtschaftlichkeit, in Beziehung auf Gewerbeertrag und Gewerbeertragssteuer auch bei gleichen Hebesätzen durch die Lohnsummensteuer belastet werden als die umsatzintensiven und die kapitalintensiven Unternehmungen. Der Verfasser spricht im Hinblick hierauf von einem konfiskatorischen Charakter, den die Lohnsummensteuer annehmen könne, und hält einen Hebesatz von 600 % für den kritischen Punkt, an dem diese Steuer gefährlich zu werden beginne. Die ungleiche Belastungswirkung der Lohnsummensteuer wird auch ihrer fiskalischen Begründung als eines Ausgleichs für die den Gemeinden durch die Arbeitermassen entstehenden Ausgaben entgegengehalten. Während der Steinkohlenbergbau, die Eisen-, Stahl- und Metallindustrie, der Maschinen-, Apparate- und Fahrzeugbau und die Textilindustrie, am Ertrage gemessen, durch die Lohnsummensteuer besonders schwer betroffen werde, habe dieselbe Steuer auch bei gleichem Hebesatz für die Betriebsrechnung von Wirtschaftszweigen, die, wie die chemische Industrie, die Großbetriebe des Gaststätten-gewerbes, die Warenhäuser, die Großbetriebe des Bank- und Versicherungswesens, ebenfalls hohe Beschäftigtenzahlen aufwiesen, eine weit geringere Bedeutung, und da die Lohnsummensteuer zu einem durchschnittlich niedrigeren Satz der allgemeinen Gewerbesteuer tendiere, könne ihre Erhebung für diese Unternehmungen sogar von relativem Vorteil sein. Der Verfasser erwähnt dann die früheren fehlgeschlagenen Versuche zur Begrenzung der Lohnsummensteuer, bei denen dieser nur die Funktion einer bescheidenen Ergänzungssteuer zugedacht war. Die tatsächliche Entwicklung aber sei in umgekehrtem Sinne verlaufen, die Lohnsummensteuer habe immer mehr an Gewicht gewonnen, in 12 Industrie- und Bergbaustädten des Ruhrgebiets sei der Hebesatz der Gewerbeertragssteuer 1954 nur unwesentlich höher gewesen als der von 1926 (umgerechnet auf die neue Meßzahl), nämlich 247 gegen 244, während der Hebesatz der Lohn-

summensteuer zuzüglich der auf sie umgerechneten Gewerbekapitalsteuer in demselben Zeitraum von 1417 auf 1698 gestiegen sei. Rath verlangt demgegenüber einen durchgreifenden Abbau der Lohnsummensteuer mit dem Ziel ihrer Beseitigung und schlägt dafür zwei Wege vor: Fixierung des Aufkommens aus der Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital auf einen bestimmten Zeitpunkt und Verwendung der weiterhin aufkommenden Mehrerträge für eine Senkung der Lohnsummensteuer, daneben Umbau des gegenwärtigen Finanzausgleichs mit Bildung eines Lohnsummensteuer-Ausgleichsfonds für Gemeinden mit besonders ungünstig gelagerten Verhältnissen. Wie andere Empfehlungen zur Reform der Gewerbesteuer setzt auch diese voraus, daß die Gemeinden ihre Ausgabenexpansion beenden und aufhören, die sich aus der Wirtschaftsentwicklung ergebende größere Ergiebigkeit der Steuern für Ausgabenzwecke in Anspruch zu nehmen, statt mit ihr die steuerlichen Lasten zu senken. Dafür müßten dann zuerst die finanz- und volkswirtschaftlich schlechtesten Kommunalsteuern in Betracht gezogen werden, und unter ihnen hat die Lohnsummensteuer in der Tat den Vorrang.

Hermann Deite, Berlin

Rolf-Hasso Ley: Die Bewertungsgrundsätze des Bewertungs- und Einkommensteuergesetzes unter besonderer Berücksichtigung der Bewertung des gewerblichen Betriebsvermögens. Berlin 1956. Duncker & Humblot. 103 S.

Die vorliegende Arbeit ist eine systematische Darstellung der einschlägigen Rechtsbestimmungen, die auch Zweifelsfragen unter Heranziehung der Judikatur erörtert. Darüber hinaus nimmt der Verfasser zu den Diskussionen über Reformen auf Teilgebieten des geltenden Rechtes Stellung. Die kleine Schrift enthält nichts wesentlich Neues, aber sie bietet aus der Schau betriebswirtschaftlicher und juristischer Betrachtungsweise eine Einführung in diese sehr problematische Materie und gibt auch dem Praktiker nützliche Hinweise.

Hermann Deite, Berlin

Anton Tautscher: Vom Arbeiter zum Mitarbeiter. Quantitative und qualitative Sozialpolitik. Berlin 1961. Duncker & Humblot. 157 S.

Die vorliegende Arbeit bildet einen wertvollen Beitrag zu den Auseinandersetzungen um die Stellung des Menschen im modernen Industriebetrieb und in der heutigen industriellen Gesellschaft.

Der Verf. geht aus von der Stellung des Arbeiters im handwerklichen Meisterbetrieb der Zunft, in dem die gesamte wirtschaftliche Tätigkeit noch wertgebunden und wertbestimmt war. Die Wirtschaft stand im Dienste des Menschen. Der handwerkliche Betrieb war eine durch ethische Normen erfüllte *Gemeinschaft*, die sich in einer personellen Hausgemeinschaft und einer wertbezogenen Lebensgemeinschaft ausdrückte. In ihr fanden Kultur, Sitte, Erziehung, Rechte und Pflichten Ausdruck. In dem alle Lebensbereiche umfassenden Rahmen war auch das Wirtschaften eingefügt. Die Arbeit des Menschen war

echte Persönlichkeitsentfaltung und konnte daher auch Lebenserfüllung sein.

Der Verf. untersucht dann, wie durch die Aufklärungsphilosophie und die Industrialisierung die Formungskräfte für das geistige, gesellschaftliche und wirtschaftliche Leben ihre Wirkkraft verloren. Die wirtschaftsliberalen Spielregeln in jener Zeit erlaubten keine Haltung, die der kapitalistischen Konkurrenzwirtschaft nicht kongruent war. Die Aufklärungsphilosophie zersetzte die Einheit des Lebens und löste diese in unabhängige Teilbereiche auf. Die in sich selbst begründeten Teilbereiche wurden einer rationalen Eigengesetzlichkeit unterworfen. Das Buch zeigt im einzelnen sehr anschaulich, wie es dadurch zu einer wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und seelischen Proletarisierung der Arbeiterschaft kam. Die Organisationen für die Sicherung des Einkommens und zur Geltendmachung der politischen Macht hatten hier ihren Ursprung.

Ausgehend von kleinen Selbsthilfegemeinschaften bildeten sich die großen Organisationsverbände nach bestimmten Gesetzen, die der Verf. im einzelnen aufzeigt und ein klares Bild ihres nach diesen Gesetzen vorgezeichneten Weges zur Macht und zur Totalität gibt. Nach Ansicht des Verf. besteht die Gefahr dieser Entwicklung darin, daß an ihrem Ende eine totale Organisation den Weg der Diktatur geht. Die mit der Zunahme der Macht der Organisationen verbundene Gefahr der Bürokratisierung, Konzentration und Vermassung der Organisierten werden deutlich und klar zum Ausdruck gebracht. Der Verlust der Freiheit und Persönlichkeit ist das Ergebnis der vollen Bindung an die Organisationen und der Preis für die größtmögliche Sicherheit der Arbeiter.

Zum Schluß zeigt der Verf. wie sich der Wandel im Arbeitsinhalt vollzogen hat, der die Arbeit aus dem Charakter einer marktfähigen Ware hinausführte und als wertgebundene Persönlichkeitsentfaltung zur Anerkennung brachte. Die Anforderungen an ein höheres Können und Wissen des Arbeiters, die Forderung nach größerer Verantwortung, die Neuordnung der menschlichen Beziehungen im Betrieb, Mitsprache und Mitbestimmungsrecht machen die Arbeiter zu einem Organ der gesamten Betriebsgemeinschaft.

Der Leser wird mit diesem Buch in die Ursachen und die tiefere Problematik der gesamten Entwicklung der Stellung des Arbeiters vom Handwerksbetrieb bis zum modernen Industriebetrieb eingeführt. Da die Stellung des Arbeiters als *Mitarbeiter in einer Betriebsgemeinschaft* heute noch nicht überall verwirklicht ist, vermittelt gerade dieses Buch einen tiefen Einblick in eine zwangsläufige Entwicklung und damit viele Anregungen für eine Gestaltung der betrieblichen Sozialarbeit, damit das Ziel möglichst ohne große Auseinandersetzungen zwischen Kapital und Arbeit erreicht wird. Damit gibt es den Theoretikern Anregungen und dem Praktiker eine neue Sicht.

Der wissenschaftliche Charakter dieses wertvoller Buches wäre unterstrichen worden, wenn der Verf. ein Literaturverzeichnis angefügt hätte.

Carl Günter Merle, Berlin

Thilo Ramm: Die Parteien des Tarifvertrags. Kritik und Neubegründung der Lehre vom Tarifvertrag. (Arbeits- und sozialrechtliche Studien, herausgegeben von Th. Ramm, Heft 7.) Stuttgart 1961. Gustav Fischer Verlag. XI, 108 S.

Wie vor Jahren in Schleswig-Holstein, so ist auch während der Lohnstreitigkeiten in der badisch-württembergischen Metallindustrie 1961/62 bereits vor der durch Urabstimmung unterstrichenen Streikdrohung abermals die staatliche Schlichtung als letzte Handhabe zur Herstellung des Arbeitsfriedens an die Wand gemalt worden. Anscheinend gewitzigt durch die der Gewerkschaft 1958 vom BAG auferlegte Schadensersatzung und die nicht erwartete Einmütigkeit der Arbeitgeber, die beredten Ausdruck in der festen Zusage fand, die bestreikten oder aussperrenden Mitgliedsfirmen aus verfügbaren Mitteln, die „sehr hoch“ seien, zu entschädigen und außerdem sich zu vergewissern, wieweit die von einer Aussperrung betroffenen nicht-organisierten Arbeitnehmer unterstützt werden könnten, kam jedoch ein Kompromiß zustande, und der Abschluß bedeutet mit schlichten Worten, daß, abgesehen von der Verhütung unermeßlicher materieller Opfer, die Tarifautonomie sogar eine schier festgefahrene Situation noch zu meistern vermochte. Nicht weniger bedeutsam ist freilich die mit der Verständigung bewiesene Funktionsfähigkeit der autonomen Tarifformung auch insofern, als davon abgeleitet werden muß, das bislang gültige Verhältnis der Parteien zu- und untereinander wurde in Ordnung befunden. Wenn also der Verfasser der anzuzeigenden Schrift die herrschende Ansicht über den Ersatz des durch „Verletzung der Friedenspflicht“ zugefügten Schadens bemängelt, so geht die Auslassung vermutlich auf das oben gestreifte BAG-Urteil zurück, sicher jedenfalls auf die Version: hier „sehr“ kapitalkräftige Gewerkschaften mit „sozial Schwächeren“ als Mitgliedern, dort meist nur geringes „Vermögen“ besitzende Arbeitgeberverbände mit ihren dem Arbeitnehmer gegenüber schon durch Anerkennung der „Tariffähigkeit“ überlegenen Mitgliedern. Die Annahme basiert allerdings zum Teil auf inzwischen überholten Perspektiven. So hat die Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft bereits 1959 festgestellt, daß die Mehrzahl der Arbeitnehmer gänzlich der Hilfsbedürftigkeit von ehemals entwachsen sei, was übrigens die modernen Lebensgewohnheiten sichtbar demonstrieren. Mit dem Wandel, dessen Tempo bekanntlich infolge rapid potenziierter Verknappung der Arbeitskräfte und hieraus resultierender Steigerung des Lohnniveaus laufend beschleunigt wurde, verschob sich indessen auch von selbst die „unterschiedliche Machtlage“ zwischen Arbeitgeber- und Arbeitnehmerschaft, worauf doch Ramms Reformvorschlag fußt, auffällig zuungunsten der ersten Kategorie, und zwar insbesondere, soweit deren Unternehmen zu den Kleinbetrieben, also zur größten Gruppe, zählt, so daß eigentlich das, man darf wohl sagen, überbeanspruchte „Schutzprinzip“ des GG in Anpassung an die jetzigen Gegebenheiten enger ausgelegt werden müßte. Der Notwendigkeit einer Neufassung der Lehre durch Ein-

beziehung des einzelnen Arbeitgebers in die Haftung für verletzte Friedenspflicht widerspricht ebenso der finanzielle Status der Arbeitgeberverbände, wie einmal aus den in der Schrift selbst angeführten „gewaltigen Unterstützungsleistungen“ während der schleswig-holsteinischen Streikwochen abzulesen ist und zum anderen aus dem vorerwähnten Beschluß in Baden-Württemberg. Von der mit reichem Quellennachweis versehenen Dogmengeschichte her wird alsdann aus dem Gedanken, die Verbandstheorie auf die Gewerkschaften und die Kombinations- oder Kumulationstheorie auf die Arbeitgeber-Seite anzuwenden, eine die Gleichbehandlung von Arbeitgeber und Arbeitnehmer sistierende Theorie mit dem wahrheitsgetreuen Signum „Differenzierungstheorie“ entwickelt. Zu der Konstruktion aber nur kurz die Anmerkung, daß das Gegenargument, der „Verbandstarifvertrag“ würde auf die Weise „rechtlich in die Nähe des Firmenvertrags“ geraten und somit der einzelne Arbeitgeber unmittelbar dem gewerkschaftlichen Druck ausgesetzt, vollauf gerechtfertigt ist und um so mehr nicht zurückgewiesen werden kann, als die Gewerkschaften in den jüngsten Konflikten mehrfach Firmenverträge ankündigten mit dem ausgesprochenen Zweck, einen Betrieb gegen den anderen — wie in den USA — auszuspielen.

Arthur Dissinger, Ravensburg

H. W. Kötter: Mitbestimmungs-Ergänzungsgesetz (Holding-Novelle) mit Erläuterungen. (Sammlung Guttentag, Bd. 247.) Berlin 1958. Walter de Gruyter u. Co. XXIV, 209 S.

Durch das Bundesgesetz vom 21. Mai 1951 „über die Mitbestimmung der Arbeitnehmer in den Aufsichtsräten und Vorständen der Unternehmen des Bergbaus und der Eisen und Stahl erzeugenden Industrie“ wurde für diejenigen Unternehmen des Bergbaus usw., die in der Form einer Aktiengesellschaft, einer GmbH oder einer bergrechtlichen Gewerkschaft (mit eigener Rechtspersönlichkeit) betrieben werden und in der Regel mehr als tausend Arbeitnehmer beschäftigen oder „Einheitsgesellschaften“ (im Sinne des Gesetzes Nr. 27 der Alliierten Hohen Kommission) sind, eine besondere „Mitbestimmung“ der Arbeitnehmer geschaffen; sie äußert sich u. a. darin, daß von den 11 Mitgliedern des Aufsichtsrates 5 Vertreter der Arbeitnehmer sein müssen. Durch das Gesetz vom 7. August 1956 (jetzt in der Fassung des Gesetzes zur Änderung von Vorschriften des Aktienrechts und des Mitbestimmungsrechts vom 15. Juli 1957) „zur Ergänzung des Gesetzes über die Mitbestimmung...“ ist das Mitbestimmungsgesetz auf die Unternehmen ausgedehnt worden, „die auf Grund eines Organschaftsverhältnisses ein Unternehmen beherrschen“, für das an sich schon das Mitbestimmungsrecht gilt. Organschaftsverhältnis wird definiert als „ein auf Vereinbarung beruhendes Beherrschungsverhältnis, auf Grund dessen das abhängige Unternehmen in seiner Geschäftsführung dem Willen des beherrschenden Unternehmens unterworfen ist“ (§ 1, Abs. 2). Da die qualifizierte

Mitbestimmung in einem abhängigen Unternehmen diese Mitbestimmung nicht auch für das herrschende Unternehmen nach sich zog (wie auch die Mitbestimmung im herrschenden Unternehmen nicht ohne weiteres auf das abhängige Unternehmen durchschlägt), mußte eben für die „Organgesellschaften“ diese besondere Regelung getroffen werden. Daneben hat das neue Gesetz den „Typ einer abgeschwächten paritätischen Mitbestimmung“ (auch als „Holding-Mitbestimmung“ bezeichnet, vgl. S. 23) neu geschaffen.

Kötter geht sehr gründlich auf die nicht immer ganz einfachen Begriffsbestimmungen und Unterscheidungen ein, die sich aus der Gesetzesmaterie ergeben, er behandelt auch die sehr umstrittene Frage, ob ausländische Konzernunternehmen unter das Gesetz (§ 3) fallen. Wichtige Beigaben im Anhang sind der Regierungsentwurf mit Abänderungsvorschlägen, das Mitbestimmungsgesetz von 1951, das Saarländische Gesetz Nr. 560, die Rechtsverordnung zur Durchführung des Ergänzungsgesetzes, die das Wahlverfahren regelt, und Vorschriften aus anderen hierher gehörenden Gesetzen, besonders dem Aktiengesetz.

Peter Quante, Kiel

Kurt Jantz und Hans Zweng (Bearb.): Kommentar zu den Gesetzen zur Neuregelung des Rechts der Rentenversicherung der Arbeiter und der Rentenversicherung der Angestellten. Kohlhammer-Kommentare. Stuttgart 1957. Verlag W. Kohlhammer, XVI, 538 S.

Beide Bearbeiter dieses Kommentars gehören dem Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung an, Jantz als Ministerialdirektor und Leiter der für die Gestaltung der Sozialversicherung entscheidenden Abteilung, Zweng als Ministerialrat. Die besondere Vertrautheit mit dem Gegenstand, die sich hieraus für beide Bearbeiter ergibt, bietet eine gute Garantie für die Behandlung der vielen ausgiebigen und teilweise recht schwierigen Probleme. Der Kommentar hat wirklich „die tragenden Gedanken der Gesetze sowohl in der Einleitung und den jeweiligen allgemeinen Erläuterungen als auch in der Erörterung von Einzelfragen“ herausgearbeitet (vgl. Vorwort, S. V).

Besonders lesenswert ist gerade auch die Einführung (S. 1—13); kein Benutzer sollte versäumen, sich gründlich mit ihrem Inhalt vertraut zu machen. Hier werden drei Thesen aufgestellt: 1. Die Reform der Rentenversicherung dient neuen sozialpolitischen Zwecken, 2. sie beruht auf einer neuartigen Verbindung von sozialpolitischen und volkswirtschaftlichen Erwägungen, 3. sie bringt eine neue rechtliche Ausgestaltung des Versicherungsverhältnisses. Hier werden u. a. folgende Gedanken angesprochen: Während früher die Rentenversicherung gegen einen Notstand (Alter ohne Arbeit und ohne Arbeitsverdienst) schützen sollte, sollen jetzt Arbeiter und Angestellte „am Ende ihres Arbeitslebens eine ihrer Lebensarbeitsleistung entsprechende Rente verdienen“ und damit „beim Ausscheiden aus dem Arbeitsleben vor dem sozialen Abstieg, vor der Deklassierung“ bewahrt werden. Die jetzige Regelung „stärkt das Gefühl der Zugehörigkeit

füreinander in einer Verbundenheit, bei der die Arbeitenden für die Alten sorgen in der gesetzlich garantierten Erwartung, daß in ihrem Alter die dann Arbeitenden für sie sorgen“. Die heutige Rente „ist nicht eine Geldleistung als Gegenwert für vorher erbrachte Geldleistungen, sondern sie ist die Gegenleistung für eine vorher erbrachte und ... mit Konsumverzicht verbundene Arbeitsleistung“. Auf diese Weise ist es auch für die Zukunft möglich, „die gesamtwirtschaftliche Situation ... auch nach Abschluß des Arbeitslebens in der Bewertung der Arbeit durch eine der dann vorliegenden wirtschaftlichen Situation entsprechende Rente“ zu berücksichtigen; die Verfasser sprechen hier von einer „Aktualisierung der Rente“, die man sonst auch als „Produktivitätsrente“ bezeichnet. Das neue „Abschnittsdeckungsverfahren, das eine versicherungsmathematische Begutachtung für einen kürzeren Zeitraum erfordert“, ist an die Stelle des „Ganzheitsdeckungsverfahrens“ getreten.

Im einzelnen trennt der Kommentar zwar die beiden Neuregelungsgesetze — für die Rentenversicherung der Arbeiter und der Angestellten —, kann sich aber verständlicherweise bei den einzelnen Paragraphen des AVGs damit begnügen, auf die Erläuterungen zu den entsprechenden Stellen der RVO zu verweisen. Sehr zu begrüßen ist es, daß im Anhang noch das Bundesversorgungsgesetz, das Heimkehrergesetz, das Bundesentschädigungsgesetz, das Flüchtlingshilfegesetz und das Bundesvertriebenengesetz abgedruckt worden sind. Ebenso ist die Verordnung vom 9. Juli 1957 zur Durchführung der Rentenumstellung nebst der amtlichen Begründung im Anhang enthalten, ferner die Verordnung über die Anwendung der (in den Gesetzen neu gefaßten) Ruhensvorschriften vom 9. Juli 1957 mit ausgiebiger Begründung, und schließlich die Rahmengrundsätze der BfA für die Anwendung der neuen Bestimmungen über „Rehabilitation“.

Wegen der wesentlichen Unterschiede zwischen dem alten und dem neuen Recht — die hier nur angedeutet werden konnten — und der daraus entstehenden Übergangsschwierigkeiten für alle Beteiligten darf die in dem vorliegenden Werk dargebotene Hilfe als besonders wertvoll bezeichnet werden, um so mehr, als auch der Einzelgestaltung überall gebührend Rechnung getragen wird.

Peter Quante, Kiel